

Documents

Document 1: Conversation A. Mikoian – J. Raab, Vienna,
24 April 1957

Besprechung im Bundeskanzleramt am 24.IV.1957

Anwesend:

von sowjetischer Seite:

Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, A. I. MIKOJAN

Stellvertretender Außenhandelsminister F. N. KUMYKIN

Botschafter I. L. ILJITSCHOW

Botschafter S. G. LAPIN

Botschaftsrat W. I. Klotschek

von österreichischer Seite:

Bundeskanzler Ing. Julius RAAB

die Bundesminister Dr. Ing. FIGL, Dr. KAMITZ, Dr. BOCK, HELMER, Ökonomierat THOMA, Ing. WALDBRUNNER

die Staatssekretäre Dr. KREISKY und GRUBHOFER

Leitende Beamte des Bundeskanzleramtes,

des Bundeskanzleramtes-Ausw[ärtige] Angelegenheiten,

der Ressortministerien

Der Bundeskanzler begrüßte den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan namens der Bundesregierung und im eigenen Namen.

Mikojan: Ich, möchte zunächst nochmals danken für die liebenswürdige Einladung und bin beauftragt, Ihnen die herzlichsten Grüße des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Woroschilow, zu übermitteln, ferner des Herrn Ministerpräsidenten Bulganin und meiner Kollegen Chruschtschow und Malenkow.

Bundeskanzler Raab: Ich bitte Sie, diese Grüße ebenso herzlich zu erwidern. Ich erinnere mich mit Vergnügen an die Zeit, da wir in Moskau mit allen diesen Herren beisammen waren.

Mikojan: Ich möchte heute die Gelegenheit ergreifen, um gewisse Fragen zu besprechen. Die Neutralität Österreichs anerkennen wir und wir wollen keine Einmischung in österreichische Angelegenheiten vornehmen, wir wünschen auch, daß dies niemand tun möge. Es mag dies eine bloße Deklaration sein, aber jede Dekla-

ration, die ausgesprochen wird, muß auch durch die Tat unterstrichen werden. Jeder will nachprüfen, ob den Worten die Taten folgen. Darin liegt für niemand etwas Beleidigendes. Wenn wir kritisch untersuchen, so haben wir den Eindruck, daß Sie keinen Grund haben, uns Vorwürfe zu machen. Wenn etwas gegen uns vorliegt, bitte ich es in freundschaftlicher Weise zu sagen. Dies ist eine sehr wichtige Bedingung und Voraussetzung dafür, daß sich kein Unmut anhäuft. Man soll Gefühle nicht verbergen, sondern sofort aussprechen. Ich habe schon gestern gesagt, daß die Erklärung der Neutralität durch das österreichische Parlament große Bedeutung im internationalen Leben hat. Es ist dies ein großer Beitrag des österreichischen Volkes zur Sache des Friedens. Wir haben dies geschätzt und schätzen es jetzt noch. Da ich aber mit Ihnen in freundschaftlichem Gespräch beisammen bin und kein Diplomat sein will, kann ich als Gast offener sagen, was ich denke. Wir sind mit einigen Taten und Worten Österreichs in der letzten Periode nicht ganz zufrieden. Wir schreien nicht, weil wir nicht die Beziehungen verschlechtern wollen und hoffen, daß dies alles nur vorübergehend ist und daß gewisse Dinge wieder beseitigt werden, wenn sich die Kontakte bessern. Einige dieser Fragen betreffen die Beziehungen zur Sowjetunion direkt. Sie sind mit der Neutralität verbunden. Ihre Neutralität ist noch jung. Sie befindet sich erst in Stadium der Reife.

Uns hat der Zwischenfall an der Grenze mit dem sowjetischen Soldaten sehr mißfallen. Wir verstehen schon, daß solche Unfälle vorkommen können, es ging uns aber sehr nahe, daß der österreichische Gendarm nicht nur nicht bestraft, sondern noch ausgezeichnet wurde. Ich denke, daß dies nicht in Interesse des österreichischen Volkes und seiner Beziehungen zu uns gelegen ist. Ungarn ist sowohl unser wie auch Ihr Nachbar. Wir haben engere Beziehungen zu Ungarn als Sie auf Grund des Warschauer Paktes, wir sind mit unseren Militäreinheiten nahe an Ihrer Grenze postiert. Es ist uns daher nicht ganz gleichgültig, welche Beziehungen Sie zu Ungarn haben. Aber es ist für uns sehr wichtig, daß sich die Beziehungen zwischen Ihnen und Ungarn wieder bessern. Wir wollen die Interessen des österreichischen Volkes verstehen und sie auch wahrnehmen. Wir können nicht verstehen, welches Interesse Österreich haben sollte, sich in ungarische Angelegenheiten einzumengen. Die Ereignisse in Ungarn waren eine große Sache und wir wollen ihre Ursachen hier nicht weiter untersuchen. Eines kann man aber sagen, nämlich daß gewisse österreichische leitende Organe, besonders die Polizei, sich hätten ruhiger betragen können.

Wenn man vom Standpunkt der Neutralität ausgeht, dann hat Österreich einige Schritte unternommen, die wir nicht billigen konnten. Solche Schritte waren die Untersagung des Weltgewerkschaftsbundes und des Weltfriedensrates. Bei uns kann niemand glauben, daß diese Organisationen eine Bedrohung der Souveränität Österreichs bedeutet haben. Man sagt bei uns eher, daß dies eine amerikanische Einstellung der Österreicher war. Ich hoffe, daß Minister Helmer meine Worte nicht so auffaßt, daß wir uns in innere österreichische Angelegenheiten einmengen. Ich hoffe, daß niemand daran zweifelt, daß wir von Österreich nichts wollen. Wir wol-

len nur, daß Österreich unabhängig und neutral bleibt und Beziehungen zu allen Ländern pflegt. Wir wollen Österreich nicht in irgendeinem Block sehen, weil Österreichs Rolle als neutraler Staat für den Frieden nützlicher ist als irgendetwas anderes. Es ist nicht richtig, daß der Osten keine Beziehungen zum Westen haben wolle und einen eisernen Vorhang aufrichte. Wir lassen Leute von allen Ländern zu uns herein, auch solche, die gegen uns eingestellt sind. Viele von ihnen, die als Gegner zu uns kommen, kehren zurück als weniger heftige Gegner.

Die Ereignisse in Ägypten und Ungarn haben den Prozeß der Entspannung der Weltlage unterbrochen. Aber jede schlechte Sache hat auch ihre guten Seiten. So haben auch diese Ereignisse eine Probe aufs Exempel gemacht, ob ein Frieden von Seiten Amerikas und Rußlands gewünscht wird oder nicht. Wenn eines dieser beiden Länder den Krieg gewollt hätte, wäre ein neues Inferno unvermeidlich gewesen. Aber beide haben sich überzeugt, daß keiner von ihnen den Krieg wolle, und das dient nun dazu, daß der unterbrochene Prozeß wieder fortgesetzt werden kann. Das State Department hat den Austausch von Delegationen wieder aufgenommen. Auch die Engländer haben wieder begonnen, die Kontakte wieder [sic] aufzunehmen. Wir ergreifen alle Maßnahmen, um die Entspannung zu verstärken und unsere Bemühungen in der Frage der Abrüstung sind wohl genügend bekannt, ebenso wie die Vorschläge von unserer Seite. Man hat uns früher beschuldigt, daß unsere Vorschläge nur propagandistischer Natur seien, aber diese Beschuldigungen erhebt heute niemand mehr. Man sieht nun doch ein, daß unsere Vorschläge doch [sic] ernsthaft gemeint sind. Wir sind dafür, daß die Atomwaffen verboten werden. Es gibt in London einen Vorschlag [von] Stassen, daß man die Erzeugung der Atomwaffen einstellen solle, aber die bereits vorhandenen Waffen sollen gelagert und die Versuche fortgesetzt werden. Wir sind der Überzeugung, daß man auch die vorhandenen Waffen vernichten und die Versuche einstellen muß. Die Amerikaner und Engländer sind anscheinend noch nicht so weit, um zu einem Abkommen gelangen zu können. Wir haben einseitig unsere Armee um 1,800.000 Mann gekürzt. Wir wären Dummköpfe, wenn wir einseitig die Atomwaffen und die Versuche einstellen würden. Aber in den anderen Fragen hat man den Eindruck, daß etwas vorwärts geht. Man hat von westlicher Seite den Vorschlag auf Reduktion auf je 1 ½ Millionen Mann gemacht. Als wir uns einverstanden erklärt haben, hat man aber zurückgezogen. Jetzt schlägt Stassen eine Reduktion auf 2 ½ Millionen Mann vor und beantragt auch das Rüstungsbudget um 10–15 Prozent zu kürzen. Wir können diesen Vorschlag als ungenügend nicht annehmen, aber er ist wenigstens ein Beweis dafür, daß man die Rüstung nicht erweitern will. Vom Westen wurde viel von Kontrolle gesprochen und seinerzeit der Plan [von] Baruch vorgeschlagen. Es ist ein positiver Schritt, daß dieser Plan zurückgezogen worden ist. Von amerikanischer Seite wurde auch örtlich unbegrenzte Kontrolle durch Luftaufnahmen vorgeschlagen. Davon ist jetzt auch nicht mehr die Rede. Wir halten den neuen Vorschlag, daß man mit einer begrenzten Abrüstung in Zentraleuropa durch Reduzierung der Landstreitkräfte und Luftüberwachung beginnen sollte, für positiv

und realistisch. Wenn man mit einem großen Abrüstungsprogramm nicht beginnen kann, dann eben mit einem kleineren. Wenn ein Gebiet von 800 km diesseits und jenseits der Elbe entmilitarisiert würde und die Militärstärke verringert werden könnte, wäre dies ein sehr bedeutender Schritt zum Frieden. Wenn beide Blöcke sich mit einer solchen Land- und Luftkontrolle einverstanden erklären, so wird ein plötzlicher Krieg unmöglich sein. Wenn man sich davon überzeugt, daß sich dieser erste Schritt bewährt, kann man weitere Schritte der Entspannung gehen. Ich hege die Hoffnung, daß die österreichische Regierung diese unsere Bestrebungen mit Sympathie verfolgt, und zwar deshalb, weil viele andere Staaten dies auch tun. Unsere Vorschläge sind aufrichtig, sachlich und realistisch.

Bundeskanzler Ing. Raab:

Da ich von dem Rechte eines offenen Gespräches Gebrauch machen möchte, komme ich zunächst zurück auf unsere Gespräche in Moskau. Unser Bestreben war es damals, die Neutralität Österreichs in der Verfassung festzulegen. Wir haben bei Unterzeichnung des Staatsvertrages unserem Parlament ein Verfassungsgesetz vorgelegt, welches vom Parlament mit der entsprechenden Mehrheit beschlossen wurde. Der Gedanke der Neutralität ist heute im österreichischen Volk fest verankert und es gibt wenig Gegenstimmen. Das Volk hat erkannt, daß unsere damalige Entscheidung eine richtige war. Es ist Pflicht der Regierung und des Volkes, sich strikte an dieses Verfassungsgesetz zu halten, und ich glaube auch, daß man keine Klagen dagegen vorbringen kann. Wir haben bei den Vereinten Nationen immer getrachtet, bei den Abstimmungen unserer Rolle als neutraler Staat gerecht zu werden. Das werden wir auch in Zukunft so halten. Was der Herr Ministerpräsident als Anklagen vorgebracht hat, kann man höchstens als läbliche Sünden bezeichnen. Der erste Fall: Der Gendarm hat nach den österreichischen Gesetzen gehandelt, sein Vorgehen wurde gerichtlich genau untersucht. Die Auszeichnung hat er nicht wegen des Vorfalles bekommen, sondern für die Pflichterfüllung durch lange Zeit. Wir haben selber eine Reihe von Verlusten gehabt durch Schüsse, die von drüber der Grenze [sic] herübergekommen sind. Wir werden den Fall nochmals untersuchen und vielleicht auch den Gendarmen versetzen, um den Vorfall aus der Welt zu schaffen.

Was nun Ungarn anbelangt, so haben wir keinen Stacheldraht gezogen. Wir waren jahrhundertlang in einem Staat beisammen und es bestehen zwischen unseren Staatsbürgern viele familiäre Bindungen. Wir haben uns sehr darüber gefreut, als die Ungarn den Stacheldraht entfernten und als der Reiseverkehr verdichtet wurde. Wir haben ein innigeres Verhältnis mit Ungarn sehr begrüßt. Wir haben uns in keiner Weise um die inneren politischen Verhältnisse Ungarns gekümmert. Wir haben in der Folge festgestellt, daß im Osten verschiedene Auffassungen über den Kommunismus geherrscht haben und daß dies zu Wirren geführt hat. Wir haben den Ausbruch der Revolution in Ungarn aus den Zeitungen gelesen. Wir haben damals einen Appell gerichtet, die Kampfhandlungen einzustellen, weil bei derartigen Kämpfen immer Unschuldige zum Handkuß kommen. Wir haben keinen

Kontakt gehabt mit Leuten, die den Aufstand gemacht hatten, wir kennen sie nicht, wir hatten nur plötzlich tausende und tausende Flüchtlinge aufzunehmen, die über die Grenze kamen. Wir wurden verschiedentlich beschuldigt, Waffen geliefert zu haben. Ich möchte hier klar feststellen, daß Österreich keinerlei Waffen nach Ungarn geliefert hat.

Mikoian: Vielleicht haben aber andere Staaten das österreichische Territorium zu Waffenlieferungen benützt.

Bundeskanzler Raab: Nein, das war nicht der Fall. Wir haben unsere Neutralität nicht verletzt. Österreich war stets bestrebt, die Flüchtlinge möglichst rasch von der Grenze wegzubekommen, um Zwischenfälle zu vermeiden. Es sind fast 180.000 nach Österreich gekommen und nur ein ganz geringer Teil davon ist nach Ungarn zurückgekehrt. Österreich hat für die Versorgung dieser Flüchtlinge große finanzielle Opfer gebracht. Wir sind nach wie vor dafür, daß sich unser Verhältnis zu Ungarn bessert. Bei uns kann jeder in unser Land herein oder hinaus, wie er will.

Die Auflösung der zwei Organisationen erfolgte nach den österreichischen Gesetzen, weil sie eine einseitige Politik verfolgt haben und wir dies nicht von Österreich aus geschehen lassen wollten. Es steht ihnen der Rekurs an unsere Gerichte offen.

Was der Herr Ministerpräsident über die Abrüstung gesagt hat, so werden Sie in uns immer Leute finden, die jede Abrüstung, jedes Verbot der Atomwaffen unterstützen werden. Wir werden keinen Anlaß vorübergehen lassen, für den Frieden einzutreten. Wir haben keine Atomwaffen und wollen sie auch gar nicht. Das ganze Problem ist eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Blöcken, von uns wird immer der Ruf nach Abrüstung erklingen.

Ich mochte noch einige Bemerkungen anfügen. Es betrifft dies die Lieferungen von Öl und Waren. Diese sind während der ersten zwei Jahre ordnungsgemäß durchgeführt worden und ich stelle mit Vergnügen fest, daß die Abnahme von Ihrer Seite sachlich einwandfrei erfolgt ist. Wir haben heuer im Winter Schwierigkeiten mit der Heizölversorgung gehabt und danken Ihnen für Ihr Entgegenkommen. Was die anderen Lieferungen anbelangt, jene der 150 Millionen Dollar, so stelle ich fest, daß das erste Jahr voll ausgeliefert ist, das zweite ist ziemlich fertig, und für das dritte Jahr sind schon Aufträge für die halbe Summe hinausgegeben worden. Die Übernahme und die Rückstellung der Wechsel erfolgte klaglos und ziemlich rasch, wofür wir ebenfalls dankbar sind. Wir haben aber hier eine Bitte vorzutragen, von der ich hoffe, daß Sie sie bewilligen werden. Wir haben in der Warenlieferung außer der 1 Million Tonnen Erdöl für die Erdölgebiete noch weitere 200.000 Tonnen vorgesehen. Ich möchte ersuchen, ob wir nicht statt dieser 200.000 Tonnen andere Waren liefern könnten, weil wir im eigenen Lande Schwierigkeiten mit der Heizölversorgung haben. Ich habe schon gestern über den Handelsvertrag gesprochen, ob wir diesen nicht ausweiten könnten. Die Schwierigkeiten bestehen vor allem darin, daß wir nur Ware gegen Ware tauschen können. Rußland könnte doch auch ein wenig dafür zahlen. Zusammenfassend

möchte ich sagen, daß wir auf dem Boden unserer Verträge stehen, daß wir alles machen wollen, um den Frieden zu sichern.

Mikojan: Was die konkreten Fragen betrifft, so möchte ich sagen, daß die Aufklärungen nicht ganz befriedigend waren. Was der Herr Bundeskanzler über Österreichs Politik in der Zukunft gesagt hat, bin ich zufrieden. Österreich hat doch Interesse an der Freundschaft mit Ungarn.

Bundeskanzler Raab: Die ungarischen Minister sollen uns nicht als Schuldige hinstellen.

Mikojan: Wenn die Österreicher aber doch schuldig sind? Treffen Sie sich doch mit ihnen, damit Sie sich aussprechen können.

Bundeskanzler Raab: Sie sollen nicht Ihre Popularität auf unsere Kosten zu erreichen versuchen.

Mikojan: Sagen Sie es Ihnen doch.

Bundeskanzler Raab: Wir sind dafür, daß wieder normale Verhältnisse mit Ungarn geschaffen werden.

Mikojan: Was die Lieferungsverpflichtungen anbelangt, kann ich feststellen, daß Österreich sie korrekt erfüllt hat und daß noch kein einziger Grund zu einer Kritik vorhanden war. Wir können nur für die gewissenhafte Erfüllung danken. Was ich aus den Veröffentlichungen über die österreichische Wirtschaft entnommen habe, so kann man den Eindruck gewinnen, daß sich Österreichs Wirtschaft günstig entwickelt hat. Je besser die Wirtschaft Österreichs und der Welt ist, desto sicherer ist die Sache des Friedens und desto besser unsere Beziehungen. Was die konkrete Frage betrifft, möchte ich sagen: durch das Abkommen ist festgesetzt worden, daß die Mengen und die Auswahl der Waren zu spezifizieren wären. Was 1957 betrifft, haben wir schon planmäßig eingeteilt. Ich glaube nicht, daß man etwas umstoßen kann. Was nun 1958 anbelangt, halte ich es nicht für ausgeschlossen, Gespräche über den Austausch von Warenpositionen durchzuführen. Was den Handel betrifft, entspricht er nicht den Möglichkeiten, die wir haben. Selbstkritisch möchte ich sagen, daß der größere Teil der Schuld an unserer Außenhandelsorganisation liegt. Wir sollten beide Maßnahmen ergreifen, daß wir den Handel steigern.

Bundeskanzler Raab: Im Herbst könnten wir neue Handelsvertragsverhandlungen beginnen.

Mikojan: Es wäre vorteilhafter, einen mehrjährigen Handelsvertrag abzuschließen, da dieser stabiler ist.

Ich werde gerne meiner Regierung weitergeben, daß Österreich seine Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag einhalten und seine Neutralität wahren wird.

Zum Abschluß möchte ich den Herrn Bundeskanzler offiziell einladen, nach der Sowjetunion zu kommen, und zwar noch heuer, wenn es aber nicht gehen sollte, im nächsten Jahr. Es steht ihm frei, von seinen Regierungsmitgliedern mitzunehmen, wen er will. Meine Einladung gilt auch für den Herrn Vizekanzler, entweder mit dem Herrn Bundeskanzler oder gesondert. Ich würde mich auch freuen, den Herrn

Außenminister bei uns begrüßen zu können und wir würden auch den Herrn Staatssekretär Dr. Kreisky gerne bei uns sehen

Bundeskanzler Ing. Raab: Ich danke für die freundliche Einladung und werde trachten, ihr sobald wie möglich nachzukommen.

Source: ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol., GZ. 215.864–pol/57, Z. 222.278–pol/57.

Document 2: Personal letter N. Bulganin – J. Raab,
8 January 1958

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die Sowjetregierung richtete am 10. Dezember 1957 an die Regierung Österreichs sowie an die Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen eine Note, in der sie ihrer tiefen Besorgnis über die gegenwärtige internationale Lage Ausdruck verlieh und eine Reihe von Vorschlägen machte, die zur Einstellung des „kalten Krieges“ und des Wettrüstens sowie zur Befreiung der Völker von der Gefahr eines Atomkrieges beitragen sollten.

Nach diesem Appell der Sowjetregierung traten in der Weltpolitik einige Ereignisse ein, die noch dringender von allen an der Erhaltung des Friedens interessierten Staaten schnelle Maßnahmen für die Sicherheit der Völker erfordern, damit diese ohne Furcht vor dem morgigen Tag leben können. Man kann doch die Tatsache nicht unbeachtet lassen, dass auf der Dezentertagung des NATO-Rates, obgleich sich auch nüchterne Stimmen bei der Beurteilung der gegenwärtigen internationalen Lage vernehmen ließen, Beschlüsse gefasst wurden, die eine weitere Intensivierung des atomaren Wettrüstens sowie die Schaffung von Atom- und Raketenbasen auf den Territorien der Mitgliedstaaten der NATO vorsehen. Es ist leicht einzusehen, dass die Durchführung dieser Beschlüsse, insbesondere die Schaffung von Abschussbasen für Raketen in Italien die Souveränität und die Sicherheit des neutralen Österreich ernstlich bedrohen würde. Diese Beschlüsse können nur zu einer Verschärfung des „kalten Krieges“, zu einer Vergrößerung der Kriegsgefahr und zu einer weiteren Vertiefung des gegenseitigen Misstrauens der Staaten untereinander führen.

Eine solche Entwicklung in den internationalen Beziehungen ruft bei den Völkern berechnete Beunruhigung hervor, was vor allem darin zum Ausdruck kommt, dass jetzt fast überall die Forderung nach notwendigen dringlichen Maßnahmen zur Gesundung der internationalen Lage erhoben wird.

Wir stellen mit Genugtuung fest, dass die von der Sowjetunion in ihren Noten an die Regierungen der Mitgliedstaaten der UN unterbreiteten Vorschläge, die das Ziel verfolgen, durch gemeinsame Anstrengungen eine Abschwächung der internationalen Spannung zu erreichen, in vielen Ländern der Erde, darunter auch in Österreich, positiv aufgenommen wurden und immer ausgedehntere Unterstützung finden. Besonders weitgehende Anerkennung findet der Gedanke an Unterredungen der Staatsmänner des Ostens und des Westens auf höchster Ebene.

In Anbetracht dessen richtete die Sowjetregierung an die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantik-Paktes und an die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages den Vorschlag, im Laufe der nächsten zwei bis drei Monate eine Konferenz der führenden Staatsmänner unter Beteiligung der Regierungschefs abzuhalten. Auf dieser Konferenz wären in erster Linie die aktuellsten und dringlichsten Fragen zu erörtern, wie das Problem der Abrüstung – darunter die Frage des Verzichtes auf die Anwendung von Kernwaffen und der Einstellung der Kernwaffenversuche –, den Abschluss eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, die Einstellung der Kriegspropaganda, die Förderung der internationalen Handels-Probleme, an deren Lösung auch Staaten interessiert sind, die an diesen oder anderen Gruppierungen nicht beteiligt sind.

Die Sowjetregierung misst der Tatsache große Bedeutung bei, dass gegenwärtig eine ganze Reihe von Staaten, die militärischen Gruppierungen fernstehen und eine Politik der Neutralität betreiben, aktiv für eine Abschwächung der internationalen Spannung und für eine Regelung der ungelösten Streitfragen auf dem Verhandlungswege eintreten. Deshalb ist die Sowjetregierung der Ansicht, dass eine Teilnahme solcher Staaten an einer Konferenz führender Staatsmänner auf höchster Ebene einen positiven Einfluss auf den Gang der Verhandlungen und auf die Fassung von Beschlüssen zur Sicherung des Friedens und der Förderung einer breiten internationalen Zusammenarbeit haben könnte.

Unserer Meinung nach, Herr Bundeskanzler, könnte das neutrale Österreich, das im Herzen Europas zwischen den beiden Mächtegruppierungen gelegen ist und schon allein auf Grund dieses Umstandes an der Erhaltung des Friedens interessiert sein muss, einen wesentlichen Beitrag zur Abschwächung der internationalen Spannung und zur Wiederherstellung des Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten leisten. Man wird daher den Worten des Herrn Bundespräsidenten Österreichs, A. Schärf, in seiner Neujahrsbotschaft nur beipflichten können, dass Österreich auf Grund seiner Neutralitätspolitik jetzt mit anderen Staaten zusammenarbeiten kann, „wenn es um den Dienst am Frieden geht, den die Menschheit so heiß ersehnt“.

Selbstverständlich sind wir uns bewusst, Herr Bundeskanzler, dass sich auf einer solchen Konferenz nicht auf einen Schlag sämtliche ungelöste Probleme, welche gegenwärtig die Völker der Erde so tief beunruhigen, bereinigen lassen. Jedoch bestehen alle Voraussetzungen dafür, um sich über die dringlichsten Fragen zu verständigen, deren Lösung einen guten Anfang für eine Milderung der internationalen Spannung darstellen würde.

Wir sind der Auffassung, dass zur Erreichung dieses erhabenen Zieles am besten die Einberufung einer Konferenz auf der Ebene der Regierungschefs beitragen würde, die, mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, mit dem größten Erfolg die akuten Fragen, welche die internationale Lage komplizieren, erörtern und die notwendigen Bedingungen für die Wiederherstellung des Vertrauens und die Sicherung

eines dauerhaften Friedens schaffen könnten. Eine Konferenz der Regierungschefs ist umso zweckmäßiger, als keine Sicherheit darüber besteht, dass die Einberufung einer Konferenz auf Außenministerebene zu positiven Resultaten führen würde, da bereits jetzt einige in Betracht kommende Teilnehmer an einer Konferenz auf solcher Ebene sich gegen Verhandlungen aussprechen.

Zusammen mit diesem Schreiben übermittle ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, die Vorschläge der Sowjetregierung zu den Problemen der Abschwächung der internationalen Spannung, die auf einer solchen Konferenz erörtert werden könnten.

Wir haben mit großer Genugtuung ihre [sic] Rede vom 5. Jänner ds. J. zur Kenntnis genommen, in der Sie Verhandlungen zwischen den Staaten des Westens und des Ostens zur Sicherung des Friedens bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1958 als zweckmäßig bezeichneten und erklärten, dass Österreich gern an solchen Verhandlungen teilnehmen würde. Diese Ihre Äußerung berechtigt zu der Hoffnung, dass die österreichische Regierung die Vorschläge der Sowjetregierung mit entsprechender Aufmerksamkeit prüfen, einer Teilnahme an der vorgeschlagenen Konferenz der Staatsmänner günstig gegenüberstehen und an der Einberufung und am Erfolg einer solchen Konferenz mitwirken würde.

Mit aufrichtiger Hochachtung

N. Bulganin

8. Jänner 1958

Уважаемый господин Федеральный Канцлер,

Советское правительство обратилось 10 декабря 1957 года к правительству Австрии, так же как и к правительствам других стран-членов ООН, с нотой, в которой выразило свою глубокую озабоченность нынешним состоянием международной обстановки и внесло ряд предложений, направленных к тому, чтобы содействовать прекращению „холодной войны“, прекращению гонки вооружений и избавлению народов от угрозы атомной войны.

После этого обращения Советского правительства в мире произошли события, которые еще более настоятельно требуют от всех государств, заинтересованных в сохранении мира, принятия неотложных мер по обеспечению безопасности народов с тем, чтобы они могли жить без страха за свой завтрашний день. Ведь нельзя пройти мимо того факта, что на декабрьской сессии Совета Североатлантического союза, хотя и раздавались трезвые голоса при оценке существующей международной обстановки, однако вместе с тем были приняты решения, предусматривающие дальнейшее усиление гонки ядерных вооружений, создания атомных и ракетных баз на территориях государств-членов НАТО. Нетрудно видеть, что осуществление этих решений, в частности, создание площадок для запуска ракет в Италии, подвергало бы серьезной угрозе суверенитет и безопасность нейтральной Австрии. Эти решения не могут не вести к обострению „холодной войны“,

усилению военной опасности и дальнейшему усилению взаимного недоверия государств друг к другу.

Такое развитие в международных отношениях вызывает законную тревогу у народов, что находит свое выражение прежде всего, в том, что сейчас почти повсеместно выдвигаются требования, о необходимости принять безотлагательные меры по оздоровлению международной обстановки.

Мы с удовлетворением констатируем, что предложения, выдвинутые Советским Союзом в нотах правительствам стран-членов ООН, имеющие целью общими усилиями достигнуть ослабления международной напряженности, были встречены положительно и находят сейчас все более широкую поддержку во многих странах мира, в том числе и в Австрии. Особенно широкое признание встречает идея переговоров государственных деятелей Востока и Запада на самом высоком уровне.

Учитывая это, Советское правительство направило правительствам государств-членов Северо-атлантического союза и государств-участников Варшавского договора предложение провести в течение ближайших двух-трех месяцев совещание руководящих деятелей государств с участием глав правительств. На совещании предлагается обсудить в первую очередь наиболее актуальные и назревшие вопросы, такие как проблема разоружения, в том числе вопросы об отказе от применения ядерного оружия и о прекращении его испытаний, заключение пакта о ненападении между государствами-участниками НАТО и Варшавского договора, создание в Европе зоны, свободной от атомного оружия, прекращение пропаганды войны, содействие развитию международной торговли и некоторые другие вопросы, в решении которых заинтересованы также и государства, не участвующие в тех или иных группировках.

Советское правительство придает большое значение тому, что в настоящее время целый ряд государств, стоящих в стороне от военных группировок и проводящих политику нейтралитета, активно выступает за ослабление международной напряженности, за урегулирование нерешенных спорных вопросов путем переговоров. Вот почему Советское правительство считает, что участие таких государств в совещании руководящих деятелей на самом высоком уровне могло бы оказать положительное влияние на ход переговоров и принятие решений, имеющих целью обеспечение мира и развитие широкого международного сотрудничества.

По нашему мнению, господин Канцлер, нейтральная Австрия, которая расположена в центре Европы между двумя группировками держав, и уже в силу одного этого не может быть не заинтересована в сохранении мира, своим участием в этом совещании могла бы внести существенный вклад в дело по ослаблению международной напряженности и восстановления доверия в отношениях между государствами. Нельзя не присоединиться поэтому к словам Федерального Президента Австрии господина А.Шерфа в

его новогоднем послании, что Австрия в результате проведения ею политики нейтралитета может теперь сотрудничать с другими государствами, „если речь идет о службе делу мира, которого страстно желает человечество“.

Разумеется, господин Канцлер, мы отдаем себе отчет в том, что на таком совещании невозможно решить за один раз все неурегулированные проблемы, глубоко волнующие ныне народы мира. Однако имеются все предпосылки, чтобы договориться по наиболее неотложным вопросам, решение которых положило бы хорошее начало ослаблению международной напряженности.

Мы полагаем, что достижению этой благородной цели лучше всего содействовал бы созыв совещания на уровне глав правительств которые, обладая широкими полномочиями, смогли бы с наибольшим успехом подвергнуть обсуждению назревшие вопросы, осложняющие международную обстановку, и создать необходимые условия для восстановления доверия и обеспечения прочного мира. Совещание глав правительств тем более целесообразно, поскольку нет уверенности в том, что созыв совещания на уровне министров иностранных дел приведет к положительным результатам, имея в виду, что уже теперь некоторые возможные участники совещания на таком уровне высказываются против переговоров.

С этим письмом я направляю Вам, господин Канцлер, предложения Советского правительства по вопросам ослабления международной напряженности, которые могли бы быть обсуждены на таком совещании.

Мы с большим удовлетворением ознакомились с Вашей речью от 5 января с.г., в которой Вы говорите о целесообразности проведения уже в первой половине 1958 года переговоров между государствами Запада и Востока по обеспечению прочного мира и заявляете, что Австрия будет охотно участвовать в таких переговорах. Это Ваше выступление позволяет надеяться, что правительство Австрии с должным вниманием изучит предложения Советского правительства, благожелательно отнесется к участию в предлагаемом совещании государственных деятелей и со своей стороны будет содействовать созыву и успеху такого совещания.

С искренним уважением,

Н. Булганин

8 января 1958 года.

Document 3: Conversation N. Khrushchev – A. Schärf and
B. Kreisky, Moscow, 13 October 1959

Amtsvermerk über Mitteilungen des Herrn Bundesministers betreffend Besprechungen zwischen dem Herrn Bundespräsidenten und Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 13. Oktober 1959.

Das Gespräch, das nur für etwa 20–30 Minuten vorgesehen war, dauerte mehr als eineinhalb Stunden. Es enthielt viele positive Aspekte. Der Ministerpräsident befeißigte sich eines sehr maßvollen und überhaupt nicht agitierenden Tones.

Diskutiert wurden folgende Themata:

1. Österreichische Neutralität.

Ministerpräsident Chruschtschow warf der österreichischen Delegation vor, daß Österreich seine Neutralität einseitig auslege, weil es die DDR nicht anerkannt hat.

Darauf erklärte der Herr Bundesminister, daß es sich bei Neutralität um kein absolutes Prinzip handle, im übrigen Österreich in Übereinstimmung mit den Moskauer Vereinbarungen dem Beispiel der Schweiz folge, die diplomatische Beziehungen auch nur mit der BRD und nicht mit der DDR unterhalte. Beide Staaten haben lange gemeinsame Grenzen mit der BRD, die allen jenen Staaten, die Pankow anerkennen, mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen gedroht habe. Dies könne sich jedoch weder die Schweiz noch Österreich leisten, beide Staaten folgen in dieser Frage dem Utilitätsprinzip.

Ministerpräsident Chruschtschow erklärte hierauf, daß die BRD eine Botschaft in Moskau unterhalte, obwohl die Sowjetunion mit der DDR diplomatische Beziehungen habe, worauf der Herr Bundesminister replizierte, daß Bonn sich gegenüber der Sowjetunion eben aus dem Utilitätsprinzip eine Ausnahme von seiner übrigen außenpolitischen Praxis gemacht habe; hierauf erklärte der sowjetische Ministerpräsident lachend, er wolle die Sache nicht bis zur völligen Klarheit weiterführen.

2. Deutschlandproblem.

Nach Ansicht Ministerpräsident Chruschtschows ist für die Sowjetunion eine Lösung in Europa nur akzeptabel, wenn einem bürgerlichen Westdeutschland ein sozialistisches Ostdeutschland gegenübersteht, die miteinander einen Wettstreit auf dem Gebiete der friedlichen Koexistenz führen. Auf diese Art soll der Klassenkampf in Deutschland weitergeführt werden. Man werde bis auf weiteres mit zwei deutschen Staaten rechnen müssen. Als Realist müsse man annehmen, daß kein Staat den anderen von der Überlegenheit seines Systems überzeugen könne. Chruschtschow erklärte etwa wörtlich: „Wir sind Kommunisten. Glauben Sie denn wirklich, daß wir ein Land, das sich wie die DDR im Prozeß der sozialistischen Umwandlung befindet, wieder ausliefern werden? Es ist doch undenkbar, daß wir die DDR nicht unterstützen werden.“ (Nach Besprechungen von Camp Davis [recte: Camp David] bestehe keine Aussicht auf Wiedervereinigung. Der

gegenwärtige status quo in Deutschland werde bis auf weiteres perpetuiert werden. *)

Bezüglich des Berliner Problems erklärte Ministerpräsident Chruschtschow, daß diese Frage ohne Gewalt und unter Berücksichtigung des Prestiges aller Beteiligten gelöst werden müsse. Der Osten sei bereit, den zwei Millionen Westberlinern alle Garantien, beispielsweise auch im Rahmen der UNO, zu geben. Es müsse jedoch das Prinzip anerkannt werden, daß das Territorium Westberlins als Teil der DDR angesehen werde [sic]. Bonn habe in Westberlin nicht zu suchen. Daß Westberlin als ein Teil der BRD betrachtet werde, sei völlig unannehmbar.

Die Sowjetunion werde versuchen, mit beiden Deutschland einen Friedensvertrag zu schließen. Falls dies jedoch nicht möglich sein sollte, werde die Sowjetunion einen Vertrag mit der DDR allein schließen und erwarte, daß diesem Friedensvertrag auch die anderen Mächte beitreten werden. Chruschtschow hofft, daß die Westmächte in dieser Beziehung nicht dieselben Dummheiten machen werden wie Molotow bezüglich des japanischen Friedensvertrages, dem die Sowjetunion bekanntlich nicht beigetreten ist und in dem nach Ansicht Chruschtschows eigentlich nichts enthalten sei, was die Sowjetunion nicht unterschreiben hätte können. Im gegenwärtigen Zeitpunkt sei allerdings ein Betritt der Sowjetunion zum japanischen Friedensvertrag äußerst schwierig.

3. Österreichischer Staatsvertrag.

Außer dem oben erwähnten Angriff gegen Molotow in Angelegenheit des japanischen Friedensvertrages sprach Chruschtschow auch im Zusammenhang mit dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrages über seine Gegensätze zu Molotow. Chruschtschow habe Molotow etwa zweite Hälfte 1954 gefragt, ob er (Molotow) den Krieg wünsche, denn nur unter dieser Voraussetzung könne sich Chruschtschow die weitere Anwesenheit sowjetischer Truppen in Österreich, die einen Keil in der Richtung Frankreich vortreiben, erklären. Es habe in der Folge eine große innerpolitische Auseinandersetzung gegeben. (Chruschtschow ist der Mann, der den österreichischen Staatsvertrag gebracht hat[†]).

4. Abrüstung.

Chruschtschow sprach über die Sinnlosigkeit des Weiterrüstens. (Nach Ansicht des Herrn Bundesministers decken sich die Anschauungen Chruschtschows über das beiderseitige Vernichtungspotential mit denen der führenden Staatmänner der USA.) Chruschtschow habe Eisenhower mitgeteilt, daß er mit dem relativ geringen Aufwand von 30 Milliarden Rubel genügend atomare und thermonukleare Waffen erzeugen könne, um damit den Westen zu vernichten. Chruschtschow brachte die-

*) Aus meinen Aufzeichnungen geht nicht eindeutig hervor, ob es sich bei diesem Klammersatz um eine Mitteilung Chruschtschows an die österreichische Delegation oder um eine persönliche Lagebeurteilung des Herrn Bundesministers handelt. [Footnote in the original].

†) Auch bei diesem Satz bin ich mir nicht im klaren, ob es sich hiebei um eine Äußerung Chruschtschows oder eine Bemerkung des Herrn Bundesministers über Chruschtschow gehandelt hat. [Footnote in the original].

se Zahl in eine Relation mit den im Laufe des Siebenjahresplanes zu erzielenden Einsparungen auf dem Energiesektor durch die Umstellung von Kohle auf Erdgas. Chruschtschow führte weiter aus, daß der gegenseitige Sättigungsgrad an atomaren Rüstungen bald erreicht sei und daher für die Großmächte das Aufrüsten bzw. die Erhaltung des Vernichtungspotentials immer billiger und nicht teurer kommen werde. Hingegen werden die Rüstungen auf dem konventionellen Sektor teurer und nicht etwa billiger werden.

Eiselsberg, m.p.

Source: ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol., GZ. 236.711-pol/59, Z. 249.522-pol/59.

Document 4: Conversation A. Gorbach – N. Khrushchev, Moscow, 29 June 1962

Protokoll über die Unterredung einer österreichischen Regierungsdelegation unter Führung von Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten N. S. Chruschtschow am 29. Juni 1962 im Kreml.

Anwesend

auf österreichischer Seite:

Bundeskanzler Dr. Gorbach
 Bundesminister Dr. Kreisky
 Staatssekretär Dr. Steiner
 Sektionschef Dr. Chaloupka
 Generalsekretär Dr. Bielka-Karltreu
 Sektionschef Dr. Meznik
 Botschafter Dr. Haymerle
 Gesandter Dr. Thalberg
 Legationsrat Dr. Karasek
 Legationssekretär Dr. Linhart
 Attaché Dr. Hinteregger

auf sowjetischer Seite:

Ministerpräsident Chruschtschow
 Erster Stellvertretender Ministerpräsident Mikojan
 Außenminister Gromyko
 Stellvertretender Außenminister Semjonow
 Stellvertretender Außenhandelsminister Borissow
 Leiter der 3. Europäischen Abteilung Ilitschow
 Leiter der Presseabteilung im Außenministerium Samjatin
 Botschafter Awilow
 Botschaftsrat Iljuchin, 3. Europäische Abteilung

Beginn der Unterredung: 10 Uhr

Ende der Unterredung: 13 Uhr

Ministerpräsident Chruschtschow: Ich möchte zuerst unseren Gästen das Wort erteilen. Sie können sprechen, so viel sie wollen und was sie wollen. Das ist die sozialistische Demokratie.

Bundeskanzler Gorbach: Wir sind zu Ihnen gekommen, weil wir den Wunsch hatten, uns mit Ihnen bekannt zu machen und die Kontakte meines Vorgängers fortzusetzen.

Wir haben keine Wünsche vorzubringen, aber wenn wir einen haben, so ist es der, daß das Vertrauensverhältnis, das zwischen Österreich und Rußland besteht, nicht erschüttert wird, sondern durch diese Aussprache eine Unterstreichung erfährt.

Ich glaube, daß diesem Vertrauen am besten gedient ist, wenn man alle Fragen mit aller Offenheit bespricht, damit man weiß, wie man dran ist und das Gefühl der Ehrlichkeit sich der anderen Seite mitteilt.

Ich würde es sehr begrüßen und möchte den Herrn Ministerpräsidenten bitten, uns seine Meinung über die weltpolitische Lage zu entwickeln, da dies von großem Interesse für uns wäre. Sodann möchten wir einige Fragen besprechen, die unsere eigenen Interessen berühren, soweit auf sowjetischer Seite Fragen bestehen, sind wir bereit, alle diese zu diskutieren.

Chruschtschow: Wir schätzen eine solche Stellungnahme sehr, in der Sie sagen, daß Sie die guten Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten hochhalten. Wir haben, wie Sie wissen, die besten Gefühle für das österreichische Volk und stellen auch keinerlei Ansprüche gegenüber dem österreichischen Volk, mit Ausnahme eines einzigen Anspruches: in Frieden und Freundschaft zu leben und daß Österreich neutral bleibe und dementsprechend seine Politik führe, sowohl innen- als auch außenpolitisch, um auf diese Weise die Neutralität zu stärken und dem Frieden zu dienen.

Wenn Sie den Wunsch äußern, daß wir zuerst unsere Meinung über die internationale Lage darlegen, so sind wir damit einverstanden. Dieser Wunsch entspringt, wie mir scheint, dem Standpunkt der Neutralität.

Ich habe sohin mit zwei Kapitalisten zu tun, ich begann die Kontakte mit ihrem Vorgänger Raab, der von sich sagte, er sei ein ganz kleiner Kapitalist, und nun mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, der Sie sein Werk fortsetzen.

Ich werde mich bemühen, die internationale Lage so darzustellen, wie ich sie sehe. Es ist dies nicht meine persönliche Meinung, sondern dieser Standpunkt ist auch jener der sowjetischen Regierung.

Wie soll man nun an die Beurteilung der internationalen Lage herangehen? Ich glaube, man kann von einer guten und einer schlechten Seite ausgehen.

Das schlechte ist, daß sich die Teilung der Welt immer mehr vertieft. Die Grenzen zeichnen sich immer stärker ab und die Kräfte auf beiden Seiten wachsen immer mehr. Was aber alarmierend und gefährlich ist, ist, daß ein solcher Streit wohl

nicht in eine militärische Auseinandersetzung münden könnte, wo der eine Teil gewinnen und der andere Teil verlieren würde. Denn heute sind die modernen Mittel des Krieges auf die völlige Vernichtung gerichtet. Wenn früher vielleicht der Krieg so geführt wurde, wie Sie es gestern im Ballett sahen, wo man mit dem Messer durch persönliche Geschicklichkeit einige Feinde überwinden konnte, heute können ganze Millionen Menschen vernichtet werden.

Unsere Experten sagen hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland, die sich am aggressivsten gegenüber den sozialistischen Ländern gebärdet, daß eine 50 Millionen-Tonnen-Bombe das ganze Land vernichten könne. Dieselbe Lage besteht hinsichtlich Frankreich, Italien und anderen Ländern. Auf der anderen Seite gibt es dieselben Mittel der Vernichtung. Der Unterschied ist nur, daß bei uns in irgendwelchen Urwaldwinkeln irgendwelche Menschen überbleiben würden. Bei den Franzosen, Deutschen und Engländern würde nichts überbleiben.

Amerika ist heute nicht mehr das ferne Land über dem Ozean. Wir können Millionen-Tonnen-Bomben auf Amerika werfen und alle Industrie- und Verwaltungszentren vernichten. Die amerikanischen Militärs sagen eine Dummheit, wenn sie behaupten, daß wir weniger Bomber haben als sie. Wir werden bald überhaupt keine Bomber mehr haben, da diese Waffe schon veraltet ist, wie etwa die Kavallerie gegenüber den Tanks. Als ob wir nicht verstünden, daß unsere Flugzeuge nicht bis in die USA gelangen können, ebenso gelangen die amerikanischen Flugzeuge nicht bis in die UdSSR. Die Raketen jedoch gelangen ans Ziel. Obwohl wir bereits die Möglichkeit haben, Raketen abzuschießen, können wir nicht behaupten, daß dies eine 100%ige Möglichkeit ist. Darum ist die Raketenwaffe noch immer eine furchtbare Waffe. Wir haben solche Vorräte an Nuklearwaffen und Raketen, daß mit einem Schlag Europa und alle Länder mit NATO-Basen vernichtet werden können. Wir nehmen das schlimmste an und halten uns deshalb nicht für unverletzlich. Wir nehmen daher an, daß auch der Gegner über solche Vernichtungswaffen verfügt.

Bei einer solchen Lage wäre es angebracht, Verständnis und Vernunft zu zeigen. Diese Vernunft sehen wir bisher nicht. Das Wettrüsten geht weiter, die Atomtests werden weitergeführt und es ist so, daß durch die Fortsetzung dieser Tests durch die Amerikaner auch wir dazu gezwungen sind.

Sie stellen uns unakzeptable Bedingungen für die Einstellung der Tests. Die nationalen Mittel, die Versuche zu überwachen und zu verfolgen, sind ausreichend. Die Amerikaner wollen Inspektoren in unser Land schicken, das können wir freilich nicht akzeptieren.

Seit dem Ende des Weltkrieges sind 17 Jahre vergangen und es gibt noch keinen Friedensvertrag mit Deutschland. Die Verhandlungen, die wir mit den USA in dieser Frage geführt haben, haben keine schlechten Ergebnisse erzielt und gegenseitiges Verständnis gefunden. Es bleibt nur eine Frage: West-Berlin.

Wir sind der Meinung, daß in der Frage West-Berlin solche Bedingungen geschaffen werden müssen, die zur Entspannung zwischen Ost und West führen, und dafür müßte eine freie Stadt Berlin geschaffen werden und die Besatzungstrup-

pen abgezogen werden. West-Berlin ist heute ein Zankapfel und vom militärischen Gesichtspunkt für den Westen kein Vorteil, auch wenn dort Truppen stehen. Die 12.000 Mann, die heute dort sind, haben keine militärische Bedeutung. Folglich will der Westen diesen Brückenkopf für aggressive Handlungen gegen den Osten behalten. Der Freund unseres österreichischen Gastes, Herr Brandt, treibt eine völlig unvernünftige Politik. Seine Reden sind unvernünftig. In seiner letzten Rede spricht er von einem Seelenkrieg. Wie uns ein Repräsentant der Bundesrepublik sagte, trocknet West-Berlin aus, und wenn die internationale Spannung bleibt, hat West-Berlin keine Aussicht auf Entfaltung. Es bedarf eines Zuflusses an Kapital. Man muß den Bewohnern Zuversicht geben, daß sie leben können. Wenn die drei westlichen Okkupationsmächte bleiben, sind wir gezwungen, eine Politik zu führen, die unserer Unzufriedenheit Ausdruck gibt.

In Berlin gibt es mehr Todesfälle als Geburten. Das Kapital fließt ab, die Intelligenz sieht keine Möglichkeiten und wandert ab. Der Westen behauptet, eine solche Politik sei im Interesse der West-Berliner. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist gegen die Interessen der West-Berliner und dient nur den Interessen der aggressiven re-vanchistischen Kreise. Das ist die Lage zwischen Ost und West.

Wir sind noch eine gewisse Zeit lang bereit, Gespräche über diese Fragen zu führen. Doch die Plattform dafür wird immer enger und enger. Man kann sagen, daß sie bereits sehr eng geworden ist. Wir sind mit dem Verbleiben von Militär in West-Berlin nicht einverstanden. Wir werden den Friedensvertrag unterzeichnen, und die militärische Verbindung mit West-Berlin abbrechen. Wir werden keine Blockade erklären, die Verbindung für den Transport von Lebensmitteln und die übrige Versorgung wird bleiben. Unsererseits wird die Nichteinmischung gewahrt bleiben.

Man droht uns mit Krieg. Ich glaube, daß diese Drohung unbedacht ist. Der Westen kann uns nicht drohen und sagen, wir werden euch bei den Ohren nehmen, wenn ihr den Vertrag unterzeichnet, dafür ist ihre Hand zu kurz. Wir haben selbst eine längere Hand.

Unsere Position ist folgende: Liquidierung der Überreste des Weltkrieges. Wir kämpfen für eine Unterzeichnung des Friedensvertrages. Das ist die moralische Seite, eine sehr starke Seite. Und wenn wir den Friedensvertrag unterzeichnet haben, so würden die anderen durch unsere Truppen, die an der Grenze stehen, durchbrechen müssen. Das heißt, daß sie die Aggressoren sein werden.

Wenn die anderen, wie sie sagen, zwei Millionen Menschen verteidigen wollen und dafür die ganze Welt in einen Nuklearkrieg stürzen wollen, dann ist klar, welche Seite im Recht und welche im Unrecht ist. Ich kann freilich für Verrückte keine Garantie übernehmen. Vielleicht hat der Westen bereits den Verstand verloren und beginnt einen Krieg. Aber eines stärkt uns in unserer Auffassung: Wenn uns der Westen droht mit dem Krieg, dann wird er selbst die Früchte ernten.

Jetzt zur Frage der Abrüstung:

Wir sind in aufrichtigster Weise bereit, auf die Abrüstung einzugehen. Aber die Amerikaner wollen keine Abrüstung sondern eine Kontrolle der Rüstung. Wir sind gegen das. Wir sind für kontrollierte Abrüstung, aber gegen eine Kontrolle der Rüstung. Wenn wir eine Kontrolle der Rüstung sowohl von der einen als auch von der anderen Seite haben, wird der Krieg noch früher beginnen. Jetzt wissen wir nicht genau, worüber der Westen verfügt, und der Westen weiß nicht genau, worüber wir verfügen. Wir lesen diverses Geschwätz über das, was wir angeblich haben. In Wirklichkeit wissen sie im Westen einen Dreck darüber, ebenso wenig wissen wir. Das ist nicht schlecht, das müssen wir so beibehalten. Wenn wir es wissen würden, so würden beide Seiten versuchen, ihre militärischen Kräfte nachzuziehen, um den anderen zu übertreffen. Das ist unvermeidlich, und vielleicht liegt auch die Versuchung darin, von irgend einer Seite den Krieg zu beginnen. MacNamara hat unlängst eine Auffassung vertreten, die keiner Kritik standhält. Er sagte, daß man bei einem Nuklearkrieg die Bomben nicht auf Städte und Industriezentren werden solle, sondern nur auf militärische Ziele. Was heißt das, etwa, daß man auf Enten schießen soll? Es handelt sich doch um Atom- und Wasserstoffbomben. Diese haben einen unglaublichen Wirkungsradius. Woher sollte ich auch wissen, wo die Rüstungszentren der Amerikaner liegen und ebenso kann auch die andere Seite nicht wissen, wo wir unsere Zentren haben. Wir wissen, wo Washington, New York, Chicago [sic], Pittsburgh usw. liegen. Wenn also ein Krieg beginnt, kann man die Amerikaner nicht von dem Versuch abhalten, einen Schlag auf die Lebenszentren zu führen. Daher ist die Auffassung von MacNamara eine Art Schlafmittel für die öffentliche Meinung. Was MacNamara gesagt hat, dient dazu, um die Psychologie der Öffentlichkeit an die Möglichkeit eines Kernkrieges zu gewöhnen, und den Kampf der Öffentlichkeit gegen eine solche Aggression zu schwächen. Der Mensch soll an den Gedanken gewöhnt werden, daß dieser Krieg gar nicht so furchtbar sei. Das ist ein sehr gefährlicher Weg, und wir werden ihn entlarven.

Obzwar die Presse des Westens behauptet, daß die Hand des Westens zu einem gentlemen's-agreement entgegengestreckt sei, halten wird das für etwas anderes. Wenn einmal ein Krieg entsteht, wird er umfassend sein und alles vernichten. Das ist die Situation, sie zeigt ein bewölktetes Bild. Aber sie hat auch eine gute Seite für uns, da die Amerikaner keine Übermacht haben. Wir haben dieselben Waffen und auch in derselben Menge, wie unser Gegner, und was die Raketenwaffen betrifft, sind wir überlegen. Unsere militärische Grundlage basiert auf Raketen und nicht auf Bombenflugzeugen, wie im Westen.

Unsere Aussichten im wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Westen sind hoffnungsreich. Das ökonomische Wachstum ist größer bei uns als im Westen. Der Westen verliert von Jahr zu Jahr Positionen, wir wachsen und gewinnen. Doch das ist weder für den Westen noch für den Osten gefährlich. Das ist friedlicher Wettbewerb, das ist Koexistenz. Das ist der Kampf zweier Systeme, welches von beiden produktiver ist, welches siegen wird.

Dieser Sieg geht nicht über die Leichen der Menschen. Im Gegenteil: bei diesem Kampf erzielt jede Seite Gewinn, weil sowohl der Kapitalismus als auch der Sozialismus wachsen wird. Doch unsere Tempi der Entwicklung sind größer. Diesen Wettbewerb halten wir für vernünftig. Der Westen zeigt jedoch diese Vernunft nicht und versteht sie auch nicht. Der Westen führt eine Politik der Diskriminierung in den wirtschaftlichen Beziehungen. Der Amerikaner treibt mit uns faktisch keinen Handel. Ist das vernünftig? Jetzt betreiben die europäischen Länder die Politik des Gemeinsamen Marktes. Auch das ist Diskriminierung. Hier gibt es wenige wirtschaftliche Hebel, sondern es sind Hebel, die im Interesse einer politischen Aggression in Bewegung gesetzt wurden. Man kann auch Handel treiben ohne Gemeinsamen Markt. Ein wirklich gemeinsamer allgemeiner Markt, dessen Grenzen die unseres Planeten sind, für einen solchen gemeinsamen Markt sind wir. Wir sind jedoch gegen einen gemeinsamen Markt, der durch politische Ziele beschränkt ist. Das ist eine heilige Allianz gegen die Länder des Sozialismus. Man versucht es schönzufärben mit der Behauptung, er hätte nur wirtschaftliche Ziele. Aber selbst die Organisatoren sagen, daß der politische Aspekt über den wirtschaftlichen und handelsmäßigen überwiegt. Wir werden mit allen uns verfügbaren Mitteln dagegen ankämpfen.

Was die wirtschaftliche Seite des Gemeinsamen Marktes betrifft, möchte ich sagen, daß wir ihn nicht fürchten. Wir vermögen Handel zu treiben und können den Konkurrenzkampf aushalten. Diese Seite der Frage beunruhigt uns nicht. Wir verfügen sowohl über einen unermesslichen Markt als auch über unbeschränkte Quellen an Rohstoffen und menschlicher Arbeitskraft. In der Frage der Entwicklung der Wissenschaft und Technik sind der Sowjetunion keine Grenzen gesetzt. Amerika ist das führende Land des Kapitalismus; doch hat es bisher bezüglich der Weltraumflüge nicht das erreicht, was wir erreicht haben, und Weltraumflug, das bedeutet die Verdichtung der Gehirnenergie. Wir sind die ersten gewesen. Amerika hat nur drei Erdumkreisungen gemacht, wir siebzehn. Jetzt kann man freilich das wiederholen, was bereits gemacht wurde. Columbus war der erste, der nach Amerika kam, nach ihm kamen Millionen anderer Menschen. Columbus verbleibt in der Geschichte, das nachherige Kommen der vielen anderen kann niemand mehr in Erstaunen versetzen.

Ich sagte, daß es eine schlechte und eine gute Seite der gegenwärtigen Situation gibt. Die schlechte ist, daß wir wie auch die anderen gleichsam blind einem Abgrund des Krieges zustreben. Je mehr wir unsere Rüstung steigern, desto näher kommen wir dem Abgrund. Denn bereits jetzt haben Tausende von Menschen unmittelbar mit Raketen und Atombomben zu tun, und es kann jeden Augenblick passieren, vielleicht ohne böse Absicht, sondern nur durch einen psychischen Defekt, daß eine Rakete ausgelöst wird und der Krieg beginnt. Unsere Militärs erzählen eine Anekdote: Ein Rekrut der Raketentruppen wird zur Bedienung der Waffe angelehrt. Aber der junge Mann besitzt noch nicht die nötigen militärischen Fähigkeiten. Er hat sich auf einem bestimmten Platz nicht so umgewendet, wie er sollte. Der

Offizier fragte ihn: Warum hast du dich nicht so umgedreht, wie es sich gehört? Für dich ist es nur ein kleiner Fehler, aber Holland existiert nicht mehr, da du auf einen Knopf gedrückt hast beim Umwenden. – Dieser Fehler konnte darum geschehen, weil der Rekrut nicht genügend gebildet war, und solche Menschen gibt es viele. Nicht alles hängt von der Regierung ab. Von uns hängt der Befehl ab, ob ein Krieg begonnen werden soll oder nicht. Aber Fehler können auch so passieren. Das ist das Gefährliche an der Lage.

Mit Bezug auf die Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft sind wir in einem Stadium des ständigen Aufstieges, und hier werfen wir der alten kapitalistischen Welt den Fehdehandschuh entgegen: Wenn sie von der Richtigkeit ihre Systems überzeugt ist, warum muß es Krieg geben? Laßt uns friedlichen Wettbewerb treiben. Wenn ihr System wirtschaftliche und moralische Vorzüge hat, so wird es siegen. Aber wir sind der Ansicht, daß wir eure Erben sein werden. Laßt uns diesen Streit ohne Krieg entscheiden. Laßt die Zeit, die Geschichte entscheiden, sie ist der beste Richter.

Unsere innenpolitische Lage ist eine sehr gute. Unsere Wirtschaft ist im Wachsen begriffen. Wir haben freilich noch nicht alles ausgenützt. Unsere Möglichkeiten sind größer als der gegenwärtige Ausnutzungsgrad. Auch die Landwirtschaft ist im Steigen begriffen, und wenn wir jetzt harte Worte über die Landwirtschaft sagen, so nicht deshalb, weil sich die Landwirtschaft nicht entwickelt, sondern deshalb, weil die Landwirtschaft dem erforderlichen Tempo der Entwicklung nicht entspricht. Das wichtigste ist hier, daß Stalin seinerzeit eine unrichtige Politik gegenüber der Landwirtschaft betrieben hat, da er die landwirtschaftliche Frage nicht richtig begriffen hat. Wir müssen dafür die Rechnung bezahlen. Und es gelingt uns nicht immer, denn wir haben mit Stalin lange gelebt und gearbeitet und manche Mängel sind geblieben. Wir machen alle Anstrengungen, um uns von diesen Mängeln zu befreien. Ich glaube, daß wir in den nächsten Jahren im landwirtschaftlichen Sektor eine starke Position erreichen werden. Hiefür sind die wirtschaftlichen, die technischen und die wissenschaftlichen Möglichkeiten vorhanden. Es sind dies unbegrenzte Möglichkeiten. Wir können also hinsichtlich der Erzeugung von Lebensmitteln unsere Bevölkerung auf das Fünffache anwachsen lassen und sie dennoch ernähren.

Sie werden nun in unserem Land eine Reise unternehmen und selbst sehen, wieviele Wälder, wieviele Sümpfe es noch gibt, und das alles können wir meliorieren. Wir haben niedrige Ernteerträge. Das ist schlecht, aber das ist auch unsere Reserve. Denn wenn wir heute zehn Zentner ernten, und im Westen sind es dreißig Zentner, so haben wir die Möglichkeit, die Erträge auf das Dreifache zu steigern. Ich betrachte das als ermutigend. Zu dieser Steigerung auf das Dreifache brauchen wir nicht viel: eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik, der Düngung, der Schädlingsbekämpfung. Das ist ohne weiteres möglich, und das werden wir auch erreichen.

Es wird im Westen davon geredet, daß Rußland durch eine schwere Krise geht. Aber diese Leute werden eine schwere Enttäuschung erleben. Der amerikanische

Farmer Garst war mehrere Male bei mir zu Besuch, und ich war bei ihm. Er ist ein kluger Mann, ein sehr reicher Mann, versteht etwas von der Landwirtschaft und ist sehr vernünftig. Ich las Garsts Brief, in dem er schreibt: „Ich glaube, Sie sind auf dem richtigen Weg, aber Sie müssen mehr Kapital in die Landwirtschaft investieren.“ Das ist richtig. Wir bezahlen dafür, daß Stalin der Landwirtschaft Kräfte entnahm, aber keine gab. Er war ein schlechter Wirtschaftler: Er wollte reiten, ohne das Pferd zu füttern. Er hat das eben nicht verstanden. Stalin hat viel Gutes, wirklich Gutes, aber auch Schlechtes getan. Wirklich gut war, daß er ein ergebener Marxist war, mit seinem ganzen Wesen, und doch war er hart wie eine Eiche.

Er hat viel Schaden dem Land und der Partei verursacht. Deshalb haben wir ihm gegenüber ein zwiespältiges Gefühl. Das eine Gefühl ist, daß wir unter seiner Führung Großartiges erreicht haben, und das andere Gefühl, daß wir ohne seine Führung noch mehr erreicht hätten. Ich sage es manchenmal zu meinen Genossen: Ich sah, daß eine Entscheidung schlecht war, aber ich hatte keinen Einfluß auf Stalin. Damals dachte ich: Welche Kraft hat der Staat und welche Kraft der Marxismus-Leninismus, daß trotz der idiotischen Gesetze Stalins das Land weiterwuchs.

Sehen Sie doch selbst: Der ganze Bestand unserer Armee wurde bei Beginn des Krieges vernichtet, und trotzdem haben wir gewonnen. Wenn alle diese Leute am Leben geblieben wären, hätten wir Hitler sogleich zu Pulver zerrieben. Wir mußten die Ukraine verlassen, das reichste Land unseres Staates.

Das ist die Situation. Wir schauen ermutigt in die Zukunft. Der Kernwaffenkrieg ist in demselben Grad für die Gegner gefährlich wie für uns. Wenn ein Krieg begonnen werden sollte, wird es uns schlecht gehen, aber auch der Gegner wird nicht geschont. Wenn jedoch der gesunde Menschenverstand siegt und der Krieg vermieden wird, dann können wir der Zukunft entgegensehen und mit der ganzen Welt in Wettbewerb treten. Und wir sichern den Völkern unter dem Sozialismus eine bessere Zukunft als unter dem Kapitalismus.

Ich weiß nicht, ob ich nun alles über die Lage gesagt habe.

Mikojan: Du hast alles gesagt, und gut gesagt.

Bundeskanzler: Ihre realistische [sic] Einschätzung der Weltlage ist nicht ohne Eindruck auf mich geblieben.

Wenn wir auch ein kleiner Staat sind, sind wir doch täglich mit diesen Fragen konfrontiert und müssen uns mit den Problemen des Gleichgewichts des Schreckens befassen. Viele Leute fragen sich: Hat es überhaupt einen Sinn, sich in der Wirtschaft zu betätigen, für die Zukunft zu planen, ist nicht alles umsonst, wenn ein Krieg kommt.

Wir können als kleiner Staat nur eines tun: Bei uns, wo wir leben, Ordnung halten, zu arbeiten und wenn es darauf ankommt, unsere Stimme zu erheben und für den Frieden einzutreten. Wir begrüßen alle Bestrebungen, die dem Frieden dienen und haben alle Maßnahmen, die Sie, Herr Ministerpräsident, diesbezüglich unternommen haben, mit großer Sympathie begrüßt. Auch in den internationalen Organisationen haben wir uns bei den Fragen der Abrüstung nicht der Stimme ent-

halten, sondern haben aktiv unsere Stimme erhoben. Wir sind initiativ gewesen, damit wir einen Stabilitätsfaktor im Sinne der Neutralität in unserem Raum aufrechterhalten können. Dafür ist es unerlässlich, daß wir den Lebensstandard erhalten können.

Es ist bei uns sehr wichtig, daß die Leute mit dem Hirn denken und nicht unter dem Einfluß von Magenkrämpfen Entscheidungen treffen. Und darum überprüfen wir alles, was geeignet ist, im Rahmen der Neutralität und im Rahmen der Verpflichtungen des Staatsvertrages unsere Wirtschaft zu erhalten und den Lebensstandard zu heben, und die Diskriminierung zu verhindern, Herr Ministerpräsident, Sie kennen die Lage. Wir exportieren große Mengen von Waren in Märkte, die wir sonst nicht absetzen könnten.

Bundesminister Kreisky: Das, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat, war sehr klar und eindrucksvoll. Ich habe schon die Ehre gehabt, Ihre Darlegungen bereits bei vier Konferenzen, die wir gehabt haben, zu hören. Doch gibt es hier einige Dinge, bei denen ich mir nicht klar geworden bin, wie diese Probleme gelöst werden sollen. Es sind dies meiner Ansicht nach folgende:

1. Abrüstung: Die Formulierung ist sehr einleuchtend, nämlich, daß man nicht die Rüstung kontrollieren soll, sondern die Abrüstung. Aber bei dem großen Mißtrauen, daß es auf beiden Seiten gibt, erhebt sich die Frage: Wie kann man abrüsten, wie kann man den anderen überzeugen, daß man abgerüstet hat? Ist es nicht notwendig, ein Exempel zu statuieren, indem man gewisse kontrollierte Bereiche schafft und mit der Kontrolle der Abrüstung beginnt, um sich zu überzeugen, ob ein solches System funktioniert oder nicht.

2. Berlin: Ich verstehe eine Reihe von Argumenten, aber eines verstehe ich nicht: Die West-Berliner stützen sich auf die Anwesenheit der Westmächte. Wie soll man die Furcht von den Berlinern nehmen, wenn das westliche Militär weggeht? Davon habe ich mich selbst überzeugt, das ist eine Tatsache.

3. Wie soll der große Weltmarkt aussehen ohne Grenzen? Wie sollen die Warenlieferungen bezahlt werden? Das sind alles sehr komplizierte Dinge, die sehr eingehender Studien und Prüfungen bedürfen.

4. Ergänzend zum Herrn Bundeskanzler möchte ich noch sagen: Was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft, stellen wir uns diese in Österreich so vor: Ein Teil der ungeheuren Stärke der Sowjetunion liegt in dem gigantischen Wirtschaftsgebiet. Was die Ressourcen betrifft, hat die Sowjetunion bereits heute einen Markt von 200 Millionen Menschen und mehr. Die meisten Leute fassen die europäische Integration so auf, daß es in Europa so werden soll, wie in der Sowjetunion, nämlich ein einziger großer Markt. Es gibt Leute, die den Gemeinsamen Markt als politisches Ziel sehen. Aber primär geht es darum, einen Markt zu schaffen, wie es ihn in den USA und in Sowjetunion schon lange gibt.

Wenn Herr Chruschtschow gesagt hat, daß er den Wettstreit wünscht und der kapitalistischen Welt den Fehdehandschuh zuwirft, so möchte dazu sagen, daß der Westen kein rein kapitalistisches System mehr ist, sondern eine Mischform. Durch

die Integration wird ein großer Markt geschaffen. Dies ist ein Teil der Auseinandersetzung. Wenn wir uns nicht für den friedlichen Wettbewerb vorbereiten, werden wir unterliegen.

Chruschtschow: Als Sie von unserer Bevölkerung sprachen, haben Sie 200 Millionen gesagt und 20 Millionen unterschlagen.

Was den Kapitalismus betrifft, möchte ich sagen, daß sich die Reformisten der gleichen Methode bedienen wollen, wie der Gelehrte Woronow, der eine Theorie der Verjüngung der Menschen ausgearbeitet hat. Sie nehmen also an, daß Ihr Kapitalismus nach dieser Methode verjüngt worden ist?

Bundesminister Kreisky: Ganz im Sinne der marxistischen Analyse wurden neue Elemente entwickelt, die vor 100 Jahren noch nicht vorhanden waren. Es entstanden neue Eigentumsformen, eine neue Sozialpolitik, neue Grundsätze zwischen Kapital und Arbeit, neue Elemente hinsichtlich der Arbeitskräfte. Das alles gab es vor 100 Jahren noch nicht.

Chruschtschow: Nun zu den einzelnen Fragen.

1. Abrüstung: Was die Idee der Schaffung eines Vorfeldes zur Erprobung des Vertrauens betrifft, sind wir damit einverstanden. Wir würden bereit sein, eine Kontrolle über die Streitkräfte in Deutschland zu akzeptieren. Wir schlugen vor, 800 km nach Westen und Osten von einer bestimmten Linie einen Bereich zu schaffen, in dem alle Waffen unter Kontrolle gestellt werden. Man hätte Vertreter der Kontrollorgane bei allen Waffengattungen, das wäre gut. Durch eine 800 km-Zone wäre ein plötzlicher Angriff schon ausgeschlossen. Unser Vorschlag ging dahin, die Kontrolle auf alle Häfen, Flugplätze, Eisenbahnknoten und wichtige Straßenkreuzungen zu erstrecken. Wenn eine solche Entscheidung getroffen würde, könnte keine Seite einen plötzlichen Angriff unternehmen, weil Truppenverschiebungen ohne Wissen des Gegners nicht möglich wären. Die Luft, die Erde, Eisenbahnen und Straßen und das Meer würden im ganzen Land, das heißt auch in der Sowjetunion, unter Kontrolle stehen. Wir sind weit gegangen in dieser Richtung, um Verständnis und eine vernünftige Lösung zu finden. Es wurde jedoch alles abgelehnt.

Außenminister Gromyko: Unser Vorschlag war im Detail 800 km nach Westen und sogar einen größeren Bereich nach dem Osten, um die Amerikaner zu befriedigen.

Bundesminister Kreisky: Es hat ein einziges Kontrollorgan nach dem Krieg gegeben, das wirklich funktioniert hat: die Vier im Jeep. Das hat nur funktioniert, weil man ein sehr intelligentes System angewandt hat: Jeder hat bei sich selber kontrolliert, aber die drei anderen haben darauf gesehen, daß er tatsächlich kontrolliert. Auf diese Weise wurden auch Erwägungen der Souveränität respektiert.

Chruschtschow: Ich bin 1946 in Wien gewesen und habe alle vier Sektoren besucht. Ich konnte überallhin ungehindert passieren. Wenn die Leute heute ehrlich wären, dann würde es keine Überfälle geben. Die von uns vorgeschlagene Kontrolle über die Verbindungswege, Flugplätze usw. paralyisiert die Möglichkeit eines Überfalles. Die Amerikaner aber wollen eine Kontrolle über die Rüstung, sie

wollen nämlich durch Spionage alles erfassen, vor allem die Möglichkeit und die Chancen des Gegners für Überfälle. Dafür sind wir nicht. Wir sind dafür, wenn tatsächlich die volle Abrüstung akzeptiert wird.

Für den Vorschlag MacNamaras, nur militärische Objekte anzugreifen, müßte man wissen, wo sich diese befinden. Das kann man nur durch Spionage erfahren. Als Eisenhower 1955 in Genf den Vorschlag der „offenen Himmel“ machte, sagte er etwas für die Militärs sehr Wichtiges: Er sagte mir auf die Frage, wozu dies gut sei, fragen Sie nur Ihren Schukow, der wird Ihnen schon sagen, warum dies wichtig ist. Das ist militärische Offenheit, wenn auch nicht sehr diplomatisch. Er sagte das, was er dachte. Bei diesem Gespräch war auch Rockefeller anwesend, er war sein Berater. Das ist Spionage. Das ist vorteilhaft für jene Seite, die den Krieg anstrebt. In dieser Frage ist unser Standpunkt sehr klar.

2. Die Angst der Berliner: Was kann ich dazu sagen? Wenn man jemanden schreckt, indem man sagt, daß ich ihn auffressen will, und ich sage, daß dies nicht wahr ist, da ich mich nicht von Menschen ernähre, wie kann ich das beweisen? Wir sagen zu den Berlinern, wir brauchen Berlin nicht. Was bedeuten 3 Millionen Menschen für uns? Bei uns ist der jährliche Zuwachs 3 ½ Millionen. Für unsere Männer ist das die Arbeit einer Nacht. Wir sagen das, aber man sagt Nein: Wir fürchten euch, wir wollen Waffen und Streitkräfte. Dagegen kann man keinen Disput führen, weil es unvernünftig ist. Wenn sie uns nicht glauben, soll die UNO ihnen Truppen hinstellen. Die argumentieren, daß sich niemand in die inneren Angelegenheiten Berlins einmischen soll. Sie sagen, nicht die UNO, sondern wir, die USA, England und Frankreich machen das. Dann beginnen wir eben, uns Gedanken zu machen, wozu für sie die Truppen dort notwendig sind? Seinerzeit sind sie als unsere Alliierte dort hingekommen, jetzt sind sie dort als unsere Gegner. Daher haben wir guten Grund, diesen Truppen zu mißtrauen und ebenso den Ländern, die Truppen in West-Berlin haben. Daher wäre es das vernünftigste, dort UNO-Truppen einzusetzen.

Bundesminister Kreisky: Auch für die Zufahrt?

Chruschtschow: Das ist eine andere Frage. Die Schweiz ist ein Binnenland und einen Zugang gibt es nur auf Grund von Vereinbarungen mit anderen Ländern. Nach Österreich haben Zugang nur solche Länder, die entsprechende Abkommen abgeschlossen haben. Die Türkei kann nicht direkt zu euch, sondern muß sich mit anderen Ländern einigen. Das gilt auch für Amerika und die Sowjetunion. Auch wir können mit Österreich keinen direkten Kontakt haben, sondern nur mit Erlaubnis Ungarns und der Tschechoslowakei.

Bundesminister Kreisky: Bei Berlin ist die Situation anders. Ein freies Berlin wäre die Schaffung eines Staates in einem anderen Staat. Es muß ja Sicherheiten geben, wie man zu ihm kommen kann, sonst ist es keine echte Freistadt.

Chruschtschow: Die Frage des Zuganges besteht, das bestreiten wir nicht. Aber es gibt eine Praxis in der Welt, daß man, um Zugang zu einem Staat zu erhalten, mit jedem Staat eine Vereinbarung schließen muß, über dessen Gebiet man gehen muß, um dorthin zu gelangen. Die DDR ist ein souveräner Staat, ein Zugang ist nur mit

ihrer Zustimmung möglich. Es kann keine internationale Kontrolle der Zugänge geben. Die Amerikaner haben sich das ausgedacht, aber die Deutschen haben schon Einspruch dagegen erhoben und wir sind gegen das eine und das andere. Jetzt kontrolliert die DDR gemeinsam mit uns die Zugänge. Warum sollten wir unsere Rechte aufgeben und sie einer internationalen Kommission überantworten? Das wird nur dann sein, wenn sie uns zwingen, zu kapitulieren. Das ist ohne Krieg nicht möglich. Wir werden unsere Rechte verteidigen und auch die Rechte der DDR.

Wir wollten die Situation des Präsidenten der USA erleichtern. Er hat eine unvernünftige Rede gehalten, und eine internationale Kontrolle gefordert. Wir wollten seiner Person eine Aufmerksamkeit erweisen und schlugen deshalb ein internationales Organ nicht über die Kontrolle für Zugänge, sondern ein Arbitrage-Organ für Streitfälle bezüglich der Zugänge vor.

Bundeskanzler: Ich glaube, das verstanden zu haben. Sie wünschen ein freies Berlin und wollen, daß die Frage der freien Zufahrt in einem Vertrag mit der DDR geregelt wird. Wären nun die Vertragspartner ein freies Berlin und auf der anderen Seite die DDR?

Chruschtschow: Ich weiß nicht, welche internationale Praxis hier besteht, aber Partner müßte jedes Land sein, das über die DDR nach Berlin gelangen will. Ich glaube, daß West-Berlin einen Status hätte, der durch Vertrag bestimmt ist: Unabhängigkeit und Garantie des Zuganges der ganzen Welt. Dieser Vertrag müßte mit der Unterschrift der DDR versehen sein, es wäre also nicht für jeden Fall separat zu unterschreiben. Aber die anderen Länder, die über das Territorium der DDR nach Berlin gelangen wollen, müßten mit dieser Abkommen abschließen. Das diskriminiert in keiner Weise, das ist eine allgemeine Praxis. Wir wollen, daß diese Praxis auf West-Berlin ausgedehnt wird.

Bundesminister Kreisky: Damit kein Mißverständnis entsteht, möchte ich sagen, daß wir nicht so vermessen sind zu glauben, die Frage lösen zu können. Es geht uns nur um Verständnis der Frage; darum sprechen wir mehr über Berlin als über Laos, weil uns Berlin näherliegt.

Chruschtschow: Das ist verständlich, auch wir sprechen mehr über Berlin als über Laos.

Bundeskanzler Gorbach: Um nach Berlin fahren zu können, ist ein Visum erforderlich. Damit erhebt sich aber die Frage der Anerkennung der DDR.

Chruschtschow: Hier kann ich Ihnen nicht helfen. Als ich in Amerika war, haben wir unter anderem auch über die Frage der Anerkennung gesprochen. Ich habe damals gesagt, Amerika hat uns 16 Jahre lang nicht anerkannt. Die Amerikaner antworteten darauf: Aber Ihr Zar hat Amerika 26 Jahre nicht anerkannt. Ich sagte Ihnen, unser Zar war eben ein Trottel, warum muß man diese Dummheiten wiederholen? Es ist hier eine Analogie zur Anerkennung der DDR.

Bundesminister Kreisky: Ich verstehe eines nicht. Es würde eine gewisse Minderwertigkeit im Status von West-Berlin bestehen. Über den Zutritt nach Österreich entscheidet Österreich, über den Zutritt in die DDR entscheidet die DDR. Aber

West-Berlin wäre von einem dritten Staat abhängig. Es wäre als keine wirklich freie Stadt, nicht im Sinne einer Vollwertigkeit.

Chruschtschow: Sie widersprechen sich selbst und der Praxis. Um nach London zu gelangen, muß ich mit Dänemark ein Abkommen über die Erlaubnis zum Überfliegen des Territoriums treffen. Das machen wir auch, das ist normal. Wenn wir da nicht machen würden, wäre das abnormal und würde die Souveränität verletzen.

Bundesminister Kreisky: Aber es gibt viele Möglichkeiten nach England zu gelangen, nicht nur über Dänemark.

Chruschtschow: Ich nenne Ihnen ein anderes Beispiel, die Mongolei. Wenn ein amerikanischer Botschafter dorthin gesendet wird, muß sich Amerika mit uns oder den Chinesen einigen, sonst kommt er nicht nach Ulan-Bator. Wollen Sie vielleicht den Vorschlag machen, einen internationalen Weg über unser Territorium zu legen? Das ist kein realistischer Vorschlag.

Bundesminister Kreisky: Die jetzige Lage West-Berlins ist aber so, daß eine freie Zufahrt aus dem Westen besteht. Warum sollte man diese Lage verschlechtern?

Chruschtschow: Der jetzige freie Zugang besteht nur auf der Basis des Okkupationsregimes. Das ist ein Überbleibsel des Krieges. Die drei Mächte benützen dies für ihre Ziele. Damals waren sie unsere Alliierten, jetzt sind sie unsere Gegner. Daher können wir weiterhin eine solche Lage nicht dulden. Um sie dieses Rechtes zu entkleiden, werden wir den Friedensvertrag unterzeichnen. Sie werden ihre Kraft verlieren, wie der Tschorno Mor (= legendäre Gestalt), der seine Kraft verlor, als man ihm den Bart abschnitt.

Die Amerikaner haben eine solche Operation mit uns schon mit Japan gemacht. Sie haben einen Friedensvertrag unterzeichnet, nicht aber wir. Sie haben uns unserer Rechte entkleidet, und unsere Vertreter mußten aus Tokio weg.

Bundesminister Kreisky: Das wollen Sie also mit den Engländern, Franzosen und Amerikanern machen?

Chruschtschow: Ja.

Bundeskanzler Gorbach: Wir dürfen nicht vergessen, daß Berlin eine kleine Insel ist. Es handelt sich um zwei verschiedene Systeme. In kurzer Zeit müßte Berlin von der DDR, das es umschließt, aufgesogen werden. So wird es von den anderen auch offenbar gesehen.

Chruschtschow: Das verstehe ich. Aber wieviel Jahre hat die Sowjetunion existieren müssen in kapitalistischer Einkreisung? Die kapitalistische Welt wollte unser gesellschaftliches System liquidieren. Sie haben aktive Maßnahmen ergriffen, und die Amerikaner, Franzosen, Engländer, Japaner haben ihre Truppen geschickt. Die Deutschen sind bis zum Kaukasus gelangt. Aber alle haben wir zerschlagen.

Zu den West-Berlinern sagen wir: Wir wollen uns nicht in die inneren Verhältnisse einmischen, aber wenn die West-Berliner selbst ein anderes System wollen, so kann ich keine Garantie geben, daß das bisherige weiterbesteht. Beim Treffen mit Kennedy in Wien sagte dieser, man solle eine Garantie des status quo in der Welt geben. Wir sind unter bestimmten Bedingungen damit einverstanden. Da je-

des Land seine volle Souveränität haben soll, muß es über seine soziale Ordnung selbst entscheiden. Kennedy war damit nicht einverstanden, er sprach von innenpolitischer Infiltration. Ich sagte, was sollen wir tun? Sollen wir Gendarmen spielen? Wenn ein Volk seine Struktur verändern will, sollen wir sagen: nein, das dürft ihr nicht? Das ist die Logik eines Verrückten.

Mikojan: Es könnte auch sein, daß in Österreich einmal die Mehrheit eine sozialistische Ordnung will.

Chruschtschow: Oder es könnte auch sein, daß in Österreich einmal die Bourgeoisie die Oberhand behält und den sozialistischen Partner aus der Koalition hinaustreibt. Was sollen wir tun: Gendarmen schicken? Die Amerikaner haben auch einmal gegen England revoltiert und haben gekämpft. Sollte man die Gendarmen schicken, um den Engländern zu helfen? Die Angst vor dem Kommunismus nimmt den Leuten den klugen Menschenverstand.

Wir schlagen daher das Vernünftigste vor, das niemandem Schaden zufügen kann und das Prestige beider Seiten wahrt. Wir unterzeichnen einen Friedensvertrag und werden die Lage fixieren, die sich als Resultat des Zweiten Weltkrieges ergeben hat. Was kann man Vernünftigeres wünschen? Aber bisher wurde keine Vereinbarung erreicht.

Wir wissen, daß der Westen die sozialistische Ordnung in der DDR liquidieren will. Das verstehe ich. Sogar in der UdSSR will der Westen diese Ordnung liquidieren. Wir wollen in der BRD die sozialistische Ordnung errichten, das wäre die gerechteste Lösung. Aber das ist ein rein subjektiver Wunsch. Man muß die Lage realistisch einschätzen und in der ganzen Welt realistische Lösungen suchen. Wir sind dafür, daß jedes Land selbst zu entscheiden hat. Wir wollen uns nicht in die inneren Angelegenheiten der kapitalistischen Länder einmischen.

Bundeskanzler: Aber wie entscheidet das Volk? Durch die freien Wahlen?

Chruschtschow: Es ist nicht immer so, daß Wahlen sozialpolitische Fragen entscheiden können. Es gibt auch Revolutionen, und die Ergebnisse derselben werden dann erkannt. Oder nehmen Sie das Beispiel Pakistan: In demokratischen Wahlen wurde ein Präsident gewählt. Dann kamen die Generale und setzten ihn ab. Jetzt ist ein General Präsident. Oder zum Beispiel die Türkei oder die lateinamerikanischen Staaten. Entscheidet wirklich alles das Parlament? Das entscheiden oft Halsabschneider. Je mehr Halsabschneider es gibt, desto eher erkennt sie Amerika an. Alle Welt erkennt den Zaren (Schah) an. Wie kam er auf den Thron? Sein Vater kam, ließ Köpfe rollen und proklamierte sich zum Schah. Er diente bei Budjonnj, der Halsabschneider, und dann sagte er, er sei von Gott eingesetzt. Aber wir sagen, das ist Angelegenheit der Perser. Es kann auch dem jetzigen Schah passieren, daß sein Kopf abgeschlagen wird. Er war unser Gast hier, und wir haben auf sein Wohl getrunken.

Wir Kommunisten wollen, daß das Volk die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft auf der Grundlage der demokratischen Basis weiterführe. Aber nehmen Sie z.B. die Demokratie in Frankreich. Vor de Gaulle haben die Kommunisten 110 Abgeordnete im Parlament. Jetzt stimmen für die Kommunistische Partei mehr

Franzosen als früher. Aber Abgeordnete sind jetzt um ein Zehntel weniger als früher. Was ist das für eine Demokratie? Wird das französische Volk damit einverstanden sein? Ich will mich nicht einmischen, aber das ist eine Machination mit den Stimmen.

Die Geschichte ist an Beispielen reich. Auch bei uns hat es eine solche Lage gegeben. Die Arbeiter und Bauern hatten sechs Abgeordnete in der Duma, die Kapitalisten und Gutsbesitzer die große Mehrheit. Was sollten wir machen? Einzig das, was Lenin gemacht hat. Auch andere Völker können dies tun. Wenn das Parlament nicht die Rechte gibt, kann das Volk auf die Straße gehen und sich die Rechte holen. Die demokratischste Art zur Macht gelangt: Wir haben 4 Jahre lang mit den Füßen gestimmt. Wir haben unsere eigene Reaktion und die ganze Welt, die unserer Reaktion half, besiegt. Unser russischer Bauer hat das alles auf seinem Buckel ertragen. Das ist Abstimmung, das ist Demokratie. Das wollen wir jedem Volk zuerkennen.

4. Weltmarkt und europäischer Markt

Ein Weltmarkt bedeutet, daß alle ihre Produkte auf der Basis des gegenseitigen Vorteils mit den Ländern ihrer Wahl austauschen können. Wir haben gute Geschäftsverbindungen mit Ihnen: Sie verkaufen uns Ihre Produkte, wir verkaufen Ihnen unsere. Sie kaufen bei uns, was für Sie vorteilhaft ist und umgekehrt. Das haben wir nicht erfunden, sondern das hat die Geschichte uns überliefert. Wir haben z.B. einen sehr guten Handel mit Italien. Heute kommt Kossygin von dort zurück und wird wahrscheinlich gute Ideen mitbringen. Wenn die Preise entsprechend sind, werden wir wahrscheinlich bei FIAT die Errichtung einer Traktorenfabrik mit einem jährlichen Ausstoß von 100.000, vielleicht sogar 120.000 Traktoren in Auftrag geben. Wenn die Preise vorteilhaft sind, werden wir eben nicht kaufen. Wir treiben heute einen guten Handel mit Japan und Westdeutschland, unser Handel mit Frankreich und England ist auch nicht schlecht. Ein einziges Land treibt keinen Handel mit uns: die Vereinigten Staaten von Amerika. Wer hat einen Nutzen von einer solchen Politik? Sie gereicht uns und den Amerikanern zum Nachteil, und zwar wirtschaftlich und politisch. Das ist Diskriminierung.

Jetzt schlägt auch die EWG eine solche Politik ein, und es hebt sich die Frage, wofür? Sie betreibt gleichfalls Diskriminierung. Ihre Politik ist gegen die schwach entwickelten Länder gerichtet. Wir werden dagegen ankämpfen und jene Kräfte unterstützen, die sich gegen eine solche Diskriminierung wehren.

Wir fürchten diesen Block weder in wirtschaftlicher, noch in politischer Hinsicht. Einen politischen Block gibt es heute schon, daher wird sich aus dem Zusammenschluß der EWG in politischer Hinsicht keine Änderung ergeben. Allerdings wird daraus eine weitere Forcierung der Spannung entstehen, und dagegen werden wir ankämpfen. Wir glauben, daß diese Politik unvernünftig, aggressiv und voller Risiken ist.

Etwas ganz anderes ist ein allgemeiner Weltmarkt: Er gibt jedem Land die Möglichkeit, ohne Diskriminierung seine wirtschaftlichen Quellen auszunützen. Wie könnte diese von uns eingenommene Position eine schlechte sein?

Bundeskanzler: Bei unserem kürzlichen Staatsbesuch in Frankreich hat General de Gaulle auch über die EWG gesprochen und dabei ausdrücklich festgestellt, daß diese kein gegen den Osten gerichtetes Instrument sei. Er könne sich vielmehr vorstellen, daß die EWG sich als ein Instrument zur Belebung des Ost-West-Handels erweisen könne.

Chruschtschow: Bezüglich dessen, was ich vorhin über Frankreich gesagt habe, möchte ich Sie bitten, daß das nicht die Presse gelangt, da ich unsere Beziehungen nicht verschlechtern will. Davon hätte niemand einen Nutzen. Das, was ich über die reaktionäre Konstitution Frankreichs gesagt habe, könnte ich genauso gut de Gaulle selber sagen. Er wird besser wissen, warum er die Verfassung geändert hat, um einer Minderheit der Bevölkerung die Mehrheit im Parlament zu verschaffen. Aber das ist eine Angelegenheit der Franzosen. Sie sollen sich selbst zurechtfinden, intelligent genug sind sie dafür.

Als Hitler und Mussolini die Achse begründeten, sagen sie, daß dies für den Frieden sei. Als Hitler Österreich schluckte, sagte er, daß dies den Frieden in Europa festige. Österreich war wohl damit nicht einverstanden?

Bundesminister Kreisky: Wir haben bei dem Gespräch mit General de Gaulle den Eindruck gehabt, daß das, was er über den Osthandel sprach, sehr ehrlich gemeint war. De Gaulle spricht nicht viel über Wirtschaft, weil sie ihn nicht interessiert. Deshalb ist es umso bemerkenswerter, daß er ausführlich über die EWG und den Osthandel sprach. Er bezeichnete die EWG ausdrücklich als wirtschaftliche und nicht als politische Vereinigung. Ich fragte ihn, ob wir all dies bei unserem kommenden Besuch in Moskau Herrn Chruschtschow sagen könnten? De Gaulle bejahte dies und fügte hinzu, daß wir auch sagen sollten, Frankreich habe gleichfalls den Staatsvertrag unterzeichnet und auch Frankreich habe ein eminentes Interesse an der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs.

Chruschtschow: Ich habe sehr angenehme Gespräche mit de Gaulle geführt und denke an ihn mit Hochachtung. Was allerdings die politische Weltanschauung betrifft, sind wir Leute entgegengesetzter Pole. Trotzdem können wir nicht umhin, uns gegenseitig zu achten. Was de Gaulle in Algerien macht – ich weiß nicht, ob irgendjemand anderer dies machen könnte. Dieser Beitrag muß anerkannt werden. Der Gesinnungsgenosse unseres österreichischen Gastes, Herr Guy Mollet, könnte so etwas nicht tun.

Bundesminister Kreisky: Da haben Sie recht.

Chruschtschow: Wir haben hier im gleichen Raum mit Guy Mollet im Sommer 1956 Gespräche geführt. Wir haben ihm geraten: Löst doch die algerische Frage. Er sagte darauf: Wir können es nicht machen, das Algerien frei wird. Frankreich würde dadurch seine Größe verlieren und Algerien würde von den Amerikanern geschluckt werden. Ich entgegnete ihm, daß Vietnam 7 Jahre lang gekämpft hat und seine Freiheit errungen hat und daß sich auch die Algerier 7 Jahre durchkämpfen werden, um schließlich die Freiheit zu erringen.

Wir müssen de Gaulle die gebührende Achtung erweisen, da er ungeachtet seines hohen Alters und seiner politischen Einstellung den Geist der Zeit verstanden hat. In anderen Fragen sind wir jedoch völlig verschiedener Meinung.

Ich weiß nicht, was Ihnen de Gaulle zur Frage des Gemeinsamen Marktes gesagt hat, aber ich glaube, daß er den Gemeinsamen Markt anders auffaßt, als er es gesagt hat. In dieser Gemeinschaft überwiegt der politische Charakter den ökonomischen. Sie wissen das selbst sehr gut, und wenn Sie daheim bei sich über diese Frage sprechen, sagen Sie das auch. Und in dieser Auffassung stimmen wir mit Ihnen überein.

Wir sprechen die Bitte aus: Laßt uns unsere Beziehungen gut bauen und gebe Gott, daß Sie nicht in diese Gemeinschaft eintreten, denn das wäre ein schwerer Schlag für Österreich und seine Neutralität.

Österreich hat sich in der Welt eine gute Position durch seine Neutralität erworben. Eine solche Sache würde der Neutralitätspolitik ein Ende machen. Das wäre eine Art von Anschluß, und damit eine direkte Verletzung des Staatsvertrages, den wir auch unterschrieben haben. Schauen Sie sich den Text an: Dort steht es genau geschrieben. Der Staatsvertrag wurde nicht nur von uns sondern auch von Ihnen unterzeichnet.

Österreich wäre sodann an einen Block angeschlossen, der gegen uns eine bestimmte Haltung einnimmt.

Unsere Position in dieser Frage ist folgende: Österreich muß verstehen, seine geographische Lage richtig zu beurteilen. Dieser geographischen Lage entspricht am besten der von uns gemeinsam unterzeichnete Staatsvertrag und die auf Grund dieses Vertrages geführte Politik. Die anderen Länder, die den Staatsvertrag mitunterzeichnet haben, sollen mit Verständnis eine solche Politik unterstützen.

Wir sind gegen eine Diskriminierung des Handels Österreichs mit anderen Ländern. Wenn die westlichen Länder eine solche Politik der Diskriminierung stützen, würden sie gegen den Staatsvertrag verstoßen und damit auch gegen die Politik der Neutralität sein, die durch den Staatsvertrag begründet wurde. Das würde bedeuten, daß durch einen Druck wirtschaftlicher Natur das Wesen des Staatsvertrages verändert würde. Es würde sich eine andere Lage ergeben und auch unsere Beziehungen würden sich ändern. Das wollen wir nicht. Wir wünschen dem österreichischen Volk Wohlergehen und Entfaltung. Sie grenzen an sozialistische Länder, und eine Weiterführung der Politik der Neutralität würde dem entsprechen und Österreich würde den richtigen Platz als neutrales Land finden. Das ist das Beste.

Wieviele Jahre leben wir schon mit den Afghanen in Nachbarschaft. Unsere gemeinsame Grenze ist mehr als 2000 km lang. Wir sind freilich politisch und wirtschaftlich viel stärker als Afghanistan. Doch wir haben damit keinen Mißbrauch getrieben. Der König von Afghanistan hat keinerlei Forderungen gegen uns, und auch wir haben keine gegen ihn. Staatlich gesehen sind wir extreme Pole. Aber es ist ein selbständiger Staat und wir achten die Unverletzlichkeit dieses Staates.

Auch auf Afghanistan wird ein gewisser Druck ausgeübt, doch führt der Staat seine Politik mit Vernunft. Wenn es den Afghanen gelingt, trotz dieses Druckes eine vernünftige Politik zu führen, muß es auch Österreich möglich sein, seine Politik der Neutralität vernünftig und kraftvoll weiterzuführen. Wenn sie eine andere Position einnehmen, haben sie die Politik der Neutralität verlassen und sich in eine Gemeinschaft unserer Gegner begeben. Wir würden dies mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen. Wir würden dies so ansehen, daß das was mein Freund, der „Kleinkapitalist“ Raab, gebaut hat, von meinem zweiten Freund Gorbach bereits wieder zerstört wurde.

Bundeskanzler: Die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten waren sehr bemerkenswert. Wir waren sehr interessiert daran, daß dieses Gespräch zustande kam, weil Fragen besprochen wurden, die österreichische Interessen unmittelbar berühren. Das Wirksamwerden der EWG ist außerhalb unserer Kompetenz gelegen. Wir wurden dadurch vor neue wirtschaftspolitische Realitäten gestellt.

54 % unseres Außenhandels gehen in die EWG. Wenn die EWG durch Großbritannien erweitert wird, wird sich dieser Prozentsatz bis 62 % erhöhen. Wir bitten um Verständnis dafür, daß wir uns Sorge darüber machen, wie wir unsere Waren weiterhin in die Länder exportieren können, weil am 1. Juli eine neue Zollsenkung wirksam wird, die es noch schwieriger machen wird, die Zollbarrieren zu überwinden. Es ist uns darum zu tun, ein tragbares wirtschaftspolitisches Konzept mit Ihnen zu besprechen, wie wir unsere Waren weiterhin in diese Länder ausführen können.

Wie in allen unseren außenpolitischen Entscheidungen gelten auch hiebei folgende Prinzipien, und ich möchte mit allem Nachdruck bitten, daß uns hier Vertrauen geschenkt wird: Als oberster Maßstab hat zu gelten eine strikte Einhaltung der von uns freiwillig übernommenen immerwährenden Neutralität und die Loyalität gegenüber den Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag ebenso wie den von uns eingegangenen internationalen Verpflichtungen. Für Österreich ist dies der feste Rahmen, den wir nicht überschreiten werden. Solange wir, die wir hier sitzen, die politischen Geschicke Österreichs bestimmen, wird dies das Gesetz unseres Handelns sein.

Chruschtschow: Wir wollen Ihnen in der Entwicklung Ihrer Handelsbeziehungen mit allen Ländern der Welt nicht im Wege stehen. 54 % bzw. 62 % Ihres Handels haben Sie mit diesen Ländern. Wir wollen selbst mit diesen Ländern Handel treiben und gute Handelsbeziehungen haben. Uns beunruhigt, sollten Sie Mitglied dieser Gemeinschaft werden, daß Sie in diesem Fall Ihre Unabhängigkeit verlieren würden und daß Sie dann die NATO-Politik betreiben müßten. Denn dieser Wirtschaftsblock ist ein Instrument der NATO. Dies sind nicht meine Worte, sondern sie wurden von den Organisatoren der EWG geprägt. Das hat auch Kennedy gesagt und Hallstein und andere maßgebende Leute. Das ist deren Politik, und wenn Sie in diese eintreten, so verlieren Sie die Möglichkeit, Ihre Politik der Neutralität weiterhin zu verfolgen. Diese Länder sollen Ihre Situation begreifen und mit Ihnen wei-

terhin einen Handel treiben in einer so vorteilhaften Art wie bisher. Wir wünschen, daß Sie Handel nicht nur mit uns treiben, sondern auch mit anderen Ländern. Diese Länder sollen das verstehen.

Bundeskanzler: Damit kein Mißverständnis entsteht, möchte ich noch sagen, daß wir ausdrücklich erklärt haben, daß eine Mitgliedschaft bei der EWG wegen unserer Neutralität nicht in Frage kommt. Was wir wollen, ist, im Gespräch mit den Ländern Wege zu suchen, um jene Begünstigungen zu bekommen, damit unsere Waren in diese Länder exportiert werden können, aber nicht um den Preis von politischen Gegenleistungen. Es handelt sich darum, vorerst mit diesen Ländern darüber Gespräche zu führen, wobei wir uns auf die Prinzipien unserer Politik, nämlich die Neutralität und Loyalität gegenüber dem Staatsvertrag und den internationalen Verpflichtungen berufen werden. Es ist keine Rede von einem Eintritt, sondern von einem Gespräch darüber, welche Möglichkeiten für die Aufrechterhaltung unseres Handels mit diesen Ländern bestehen.

Chruschtschow: Wir müssen freilich auch mit Verständnis die Situation Ihres Landes betrachten. Die Schaffung des Gemeinsamen Marktes ist eine reale Tatsache, und Sie müssen freilich Handel treiben. Wir verstehen, daß Sie ohne Handel nicht leben können. Und es ist natürlich, daß Ihre Bemühungen dahin gehen, eine solche Situation zu erreichen, in der Ihr Handel mit diesen Ländern keinen Schaden leidet. Wir werden das mit Verständnis verfolgen. Doch das dürfte nicht den Staatsvertrag verletzen oder die Politik der Neutralität.

Wir möchten gerne die gleichen Möglichkeiten, die Sie mit dem Gemeinsamen Markt haben. Diese gleichen Möglichkeiten wollen wir mit Ihnen haben.

Bundeskanzler: Meinen Sie hier die Meistbegünstigung?

Chruschtschow: Ich sagte, wir wollen gleiche Möglichkeiten Ihres Handels mit der EEG und der Sowjetunion.

Hier wurde die Unterredung wegen des Zeitablaufes abgebrochen. Ministerpräsident Chruschtschow schlug vor, das Gespräch nach Möglichkeit nach dem Mittagessen fortzusetzen, bzw. die beiden Außenminister damit zu betrauen, wobei jedoch das Ergebnis ihrer Unterredung von den beiden Regierungschefs zu genehmigen wäre.

Source: SBKA, Länderboxen, UdSSR 1.

Document 5: Conversation N. Khrushchev – B. Pittermann, Moscow,
17 September 1962

Protokoll der Besprechung des Herrn Vizekanzlers mit Ministerpräsident Chruschtschow am 17. September 1962

Anwesend waren:

Von sowjetischer Seite:

Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident A. N. Kossygin
der Leiter der 3. Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium I. I.
Iljitschow
der 2. Sekretär der Protokollabteilung im MID L. S. Tschernyschow
und Dolmetsch W. N. Popow

Von österreichischer Seite:
ao. und bev. Botschafter Dr. Heinrich Haymerle
Legationsrat Dr. Franz Karasek
Ministerialoberkommissär Dr. Fischer
Attaché Dr. Bukowski

Einleitend begrüßte Ministerpräsident Chruschtschow den Herrn Vizekanzler. Der Herr Vizekanzler überbrachte seinerseits die Grüße des Herrn Bundespräsidenten, des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Altbundeskanzlers Raab und anderer österreichischer Persönlichkeiten sowie „seit gestern auch die des Schachtes Nr. 31 in Donezk“. Ministerpräsident Chruschtschow brachte seine Freude über den Besuch des Herrn Vizekanzlers zum Ausdruck.

[...]¹

Ministerpräsident Chruschtschow: Im gegenwärtigen Augenblick ist es sehr schwer, die Weltlage richtig einzuschätzen, weil es so viele Imponderabilien gibt. Dies gilt insbesondere für Amerika. Es ist wie auf einer Hasenjagd, wo der Hase ständig Haken schlägt und Sprünge macht, die niemand erwartet. So dauert es lange, bis der Jäger ihn erlegen kann. Sehen Sie, und darum ist es schwer, die internationale Lage zu charakterisieren. Die USA hat die labilsten und inkonsequentesten Politiker. Ihre Politik ist weitgehend von ihrer momentanen Stimmung, von der Laune des Augenblicks bestimmt. Die Amerikaner wetteifern miteinander, wer am lautesten durch unanständiges Benehmen Gestank erzeugen kann. Es ist zwar keine diplomatische Ausdrucksweise, dafür aber umso deutlicher. Verantwortungslose Schreihäse, die da brüllen, man müsse Kuba erobern, eine Blockade verhängen, sowjetische Schiffe versenken usw. Sind das noch normale Menschen oder Irrsinnige? Was heißt Blockade? Das wäre doch Krieg! Jetzt fahren unsere Schiffe nach Kuba. Wir haben unseren Kapitänen Befehl gegeben, wenn man sie stoppt, nicht stehen zu bleiben, und wenn man auf sie schießt, zurückzuschießen. Deshalb haben wir unsere U-Boot-Flotte in Kampfbereitschaft gesetzt, und wenn man unsere Schiffe angreift, so werden unsere U-Boote eingreifen. Wir haben zwar schwache Seestreitkräfte, aber dafür eine starke U-Boot-Flotte. Das alles würde aber Krieg bedeuten.

Präsident Kennedy hat jetzt auf einer Pressekonferenz Erklärungen abgegeben, einerseits über die große Verantwortung, die auf seinen Schultern liegt, andererseits

¹ Six pages on economic relations omitted.

daß er, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, in Kuba eingreifen werde. Aber wer gibt ihm ein Recht dazu? Ihm gefällt die innere Ordnung in Kuba nicht. Wir haben die Türkei und Persien als Nachbarn, Zwischenruf Kossygin: Westberlin, und dort herrscht der Kapitalismus, was uns auch nicht paßt, trotzdem können wir deshalb diese Länder nicht angreifen. Wo kämen wir hin, wenn Gewalt vor Recht ginge? Wenn Gewalt Recht wäre, würde die Welt zu einem Irrenhaus. Das würde zur Auflösung der UNO und schließlich zu einem Weltkrieg führen.

Wir sind heute ein relativ starker Staat. Trotzdem versuchen wir nicht, auf andere Länder einen Druck auszuüben, sondern sind bestrebt, unsere Beziehungen zu anderen Ländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu erhalten. So haben wir uns beispielsweise sehr bemüht, unsere Beziehungen mit Finnland zu verbessern. Finnland ist ein kleines Land; die Stadt Leningrad allein hat schon so viele Einwohner wie ganz Finnland. Das bedeutet aber keineswegs, daß wir Finnland gegenüber eine Politik der Beleidigungen, Demütigungen und Demonstrationen unserer Macht führen, so etwas wäre ausgesprochen sinnlos. Weil wir das nicht tun, sind heute unsere Beziehungen mit Finnland besser als mit irgendeinem anderen Land. Wir haben auch unseren militärischen Stützpunkt in Finnland aufgegeben, weil er unsere Beziehungen mit Finnland nur stören würde. Könnten wir etwa die Aufrechterhaltung eines Stützpunktes vor der Hauptstadt Finnlands damit rechtfertigen, daß Finnland uns eventuell angreifen könnte? Das wäre doch eine unsinnige Erklärung! Wer würde uns je glauben, daß Finnland die Absicht hatte, uns anzugreifen? Selbst wenn Finnland das wollte, könnte es dies nicht tun, und genau so Kuba: Wer soll glauben, daß Kuba allen Ernstes die USA bedroht? Wie wäre so etwas überhaupt möglich? Wie kann denn ein Hase einen Löwen fressen? Und wie können 7 Millionen Kubaner die USA erobern? Selbst wenn Castro so etwas wollte, könnte er es nicht!

Was die Amerikaner aufführen, ist die Politik eines Räubers. Ihr Standpunkt gegenüber diesem kleinen Land ist: Du willst mich fressen, daher fresse ich lieber Dich. Nur haben sich jetzt die Zeiten geändert.

Schauen Sie uns an und unsere Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten. Eben erst war der König von Afghanistan bei uns. Wir haben eine 2500 km lange Grenze mit Afghanistan, aber keinen Konflikt mit diesem Land, und was uns betrifft, wird es einen solchen auch in Zukunft nicht geben. Wir sind fest entschlossen, mit Afghanistan in Freundschaft zu leben, und ich glaube, das wollen auch die Afghanen. Wir sind Kommunisten, Afghanistan ist ein Königreich, aber wir glauben, daß die innere Ordnung Innenangelegenheit eines jeden Landes ist und mischen uns da nicht ein. Jetzt arbeiten so viele von unseren Ingenieuren dort, aber ich habe bisher keine Beschwerde gehört, daß sie sich irgendwie gegen die afghanische Regierung betätigen. Das hat mir im übrigen auch der König von Afghanistan bestätigt, mit dem ich zusammen jagen war.

Jetzt haben wir auch begonnen, unseren Konflikt mit Persien beizulegen und es scheint, daß es zu einer Verbesserung unserer Beziehungen mit diesem Land kommen wird. Auch unsere Beziehungen zu der Türkei werden immer besser.

Mit Ihnen haben wir alle Probleme gelöst. Seit dem Abschluß des Staatsvertrages entwickeln sich unsere Beziehungen normal. Wir wollen mit allen Ländern in Frieden leben, das ist unsere Parole. Wenn aber die Amerikaner Kuba überfallen, zwingt uns dies, die Grenze zwischen Krieg und Frieden zu überschreiten. Und dann werden wir uns die schwachen Stellen, die Achillesferse, der Amerikaner aussuchen und da ist vor allem Berlin. Berlin ist längst ein militärischer Stützpunkt der NATO, wie sehr auch die Amerikaner, Engländer und Franzosen beteuern, daß sie ihre eigenen Truppen dort stationiert haben.

Stikker selbst hat erklärt, daß gegebenenfalls Nato-Truppen Westberlin zu Hilfe kommen würden! Das ist doch der beste Beweis dafür, daß Westberlin eine Nato-Base [sic] ist.

Neben Westberlin gibt es aber auch noch andere Orte, wo wir unser Verhältnis zu den Amerikanern einer Überprüfung unterziehen könnten. Im übrigen ist ja Amerika selbst heute nicht mehr unverwundbar! Die Zeiten sind vorbei, in denen der Atlantische Ozean eine unüberschreitbare Barriere gebildet hat, dazu ist heute die Raketentechnik schon viel zu weit entwickelt. Die heutige Waffentechnik und insbesondere die Atom-U-Boote kennen keine Grenzen. Deshalb ist es auch überholt, sich auf Flugzeugträger zu stützen, wie dies die Amerikaner tun. Ich habe ihnen schon oft gesagt, daß diese Flugzeugträger längst veraltet sind und nur ein Mittel sind, Geld aus der Staatskasse zu pumpen. (Zwischenruf Vizekanzlers: Und die Stahlwerke zu beschäftigen!) Wir haben auch vor fünf Jahren von Stalin zu 95 % fertige Kreuzer übernommen, aber wir haben sie zerlegt und eingeschmolzen. Wir legen jetzt unser Hauptgewicht auf unsere U-Boot-Flotte. Wir haben jetzt U-Boote, die mit Raketen mit einer Reichweite bis zu 3000 km ausgestattet sind; was kann uns da die amerikanische Flotte noch anhaben? Gar nichts! Wenn sie uns angreifen sollten, werden wir ihnen mit unserer U-Boot-Flotte die gebührende Antwort erteilen! Aber das bedeutet Krieg und darum sind wir dagegen. Wir werden, soweit das von uns abhängt, nie und gegen niemanden Krieg anfangen. Wenn das aber vom Kapitol in Washington abhängt und gewisse Leute dort die Oberhand bekommen, dann ist ein Krieg durchaus möglich. Deshalb ist es sehr schwer, jetzt Genaues zu sagen, letzten Endes hängt alles von Kennedy ab. Wird er so viel gesunden Menschenverstand und Willenskraft haben, sich diesen Leuten energisch entgegenzustellen? Wenn ja, wird es keinen Krieg geben, wenn nein, wenn er Kuba angreifen sollte, dann ist ein Krieg unvermeidlich. Kuba ist ein souveräner Staat, und eine Verletzung seiner Souveränität würde die Grundlagen der internationalen Politik berühren. Der Fall Kuba übersteigt die Bedeutung des Landes Kuba. Sollen wir etwa eine Politik des Treuebruches und gewalttätigen Angriffes hinnehmen? Keineswegs! Wir werden Gewalt mit Gewalt beantworten. Wir haben genügend

Mittel hierfür. Kennedy selbst weiß das sehr genau, das hat er mehrmals betont. Deshalb glaube ich auch, daß bei ihm schließlich die Vernunft siegen wird.

Vizekanzler Pittermann: Hat er die Kraft?

Ministerpräsident Chruschtschow: Ich kann dafür nicht bürgen. Darin liegt eben die Gefahr! Ich sage Ihnen ganz offen, die Politik Kennedys ist elastischer als die Eisenhowers, aber ich hatte ein sichereres Gefühl, als noch Dulles neben Eisenhower war. Dulles war zweifellos in allen seinen Gedanken ein Antikommunist, aber er hätte nie einen Krieg begonnen. Wir haben ihn in dieser Hinsicht auf die Probe gestellt. Als er gestorben war, sagte ich, wir werden noch an ihn denken. Auf ideologischem Gebiet war er zweifellos unser Feind Nr. 1, wie Sie im Westen zu sagen pflegen. Er war ein Meister der Dialektik und ging oft bis an die Grenze des Krieges, aber diese Grenze hat er nie überschritten! Dulles war ein sehr fester, aber vorsichtiger Politiker. Er war alt, er war erfahren und, wie ich schon sagte, einer der ausgeprägtesten Gegner des Kommunismus. Wenn er daher einmal sagte, bis hieher und nicht weiter, sonst gibt es Krieg, so glaubte man ihm das. Eisenhower stellte sich natürlich immer hinter ihn, aber praktisch war nicht Dulles unter Eisenhower, sondern eher umgekehrt. Eisenhower war sicherlich auch gegen den Krieg, das glaube ich ihm ohne weiteres. Jetzt ist er in der Opposition und für die amerikanische Politik nicht mehr verantwortlich, und jetzt stürzen sich die Republikaner wie eine Hundemeute auf Kennedy. Wird Kennedy genug Knüppeln finden, um diese Hunde zu verjagen und den Frieden zu erhalten? Ich möchte dafür nicht garantieren. Darum muß man die Weltlage als sehr labil bezeichnen, und das vor allem im Hinblick auf die Lage in USA! Das amerikanische Volk ist zweifellos gegen den Krieg, spielt aber in der amerikanischen Politik keine Rolle. Dort sind vor allem die zwei Parteien, die gegeneinander kämpfen, wie zwei Fliegen, die man in ein Glas setzt. Wer von den beiden besser oder schlechter ist, weiß ich nicht. Beide fürchten den Kommunismus, aber die Leidenschaft eines Verrückten kann zum Krieg führen. Sehen Sie, so beurteilen wir die Lage. Ob es einen Krieg geben wird oder nicht, ist schwer zu sagen. Weil jetzt die Amerikaner so ein Geschrei machen, haben wir unsere Streitkräfte in Kampfbereitschaft gebracht. Wir wollen hoffen, daß dieser Schritt nicht notwendig war. Was würde ein Krieg den Amerikanern bringen? Nur Zerstörung! Niemanden würde ein Krieg etwas anderes als Zerstörung bringen. Wissen Sie, wenn ein Staat von vernünftigen Politikern geleitet wird, kann man vorhersagen, wie er sich verhalten wird, aber für die Amerikaner kann selbst der Teufel nicht garantieren. Jetzt hat Kennedy 150.000 Reservisten einberufen lassen. Wozu, frage ich? Was hat er davon? 150.000, 300.000, eine Million, das ist doch alles bei einem Atomkrieg ganz gleich! Wir leben doch nicht mehr in der Zeit der Napoleonischen Kriege, als man mit Bajonetten kämpfte! In einem neuen Krieg würde man nicht einmal mehr mit Kanonen kämpfen, sondern nur mehr mit Atomwaffen. Sehen Sie, das muß man begreifen. Ein neuer Krieg wird nicht mehr Mann gegen Mann geführt, sondern gegen Industriezentren und Großstädte, und so etwa ist es kein Spiel für Kinder mehr. Soll er 150.000 Mann einberufen, wir

können 300.000 Mann einberufen, glauben Sie nicht, daß wir das können? Aber was haben wir davon? Das würde doch für unsere Streitkräfte keine echte Stärkung bedeuten, denn heute wird militärische Macht doch nicht mehr nach Bajonetten gezählt! So etwas kostet nur Geld. Deshalb haben wir unsererseits auch keine zusätzlichen Truppen einberufen. Wir stützen uns hauptsächlich auf unsere Raketen, unsere Luftabwehr und unsere U-Boote, das genügt. Gott gebe uns, daß alles gut vorbeigeht.

Was die Frage Westberlin betrifft, halten wir es nicht für angebracht, vor den amerikanischen Kongreßwahlen Gespräche hierüber zu beginnen. Damit wollen wir bis nachher warten. Das heißt natürlich nicht, daß wir genau am 7. November anfangen wollen, an dem Tag haben wir Feiertag, aber nachher können wir unsere Kontakte mit den Westmächten wieder aufnehmen und unsere Gespräche fortsetzen, freilich alles unter der Voraussetzung, daß die Amerikaner keinen Krieg wegen Kuba beginnen. Ein Krieg auf Kuba, ein Angriff auf unsere Schiffe ist so viel wie ein Angriff auf uns! Hoffen wir aber, daß das nicht der Fall sein wird und daß die Vernunft siegt. Ich glaube an den gesunden Menschenverstand Präsident Kennedys; er hat auf mich einen sehr guten Eindruck gemacht. Vielleicht war das auch die Besonderheit der Wiener Atmosphäre, aber ich habe den Eindruck gewonnen, daß er ein zwar junger, aber sehr kluger und verständnisvoller Mensch ist. Wird er aber imstande sein, diese schwierige Lage zu meistern, um seiner Opposition wirksam entgegenzutreten? Das wird eine schwere Prüfung für ihn! Wenn aber alles gut geht, und kein Krieg wegen Kuba ausbricht, und man uns nicht provozieren wird, glaube ich, daß wir die Frage Westberlin für einen späteren Zeitpunkt aufschieben können. Vielleicht für die zweite Novemberhälfte, vielleicht fahre ich dann selbst zur UNO-Sitzung. Das ist noch nicht sicher, aber es ist nicht ausgeschlossen. Vielleicht kann ich auch dort selbst mit Kennedy zusammentreffen, wenn die Lage uns das ermöglichen sollte, und wir könnten einen ausgiebigen Meinungsaustausch miteinander haben. Aber auch das ist noch ungewiß. Wenn wir aber zu keinem Verständnis über Berlin gelangen sollten, dann werden wir einen Friedensvertrag mit der DDR abschließen, dann werden wir praktisch alle Verbindungen kontrollieren und die militärischen Zugänge der Westmächte sperren. Das wird keine Blockade für die Westberliner Bevölkerung bedeuten; die Westberliner werden nach wie vor freien Zutritt zu ihrer Stadt haben. Wir werden aber auf dem Standpunkt stehen, daß mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit der DDR der Kriegszustand auf dem Territorium der DDR zu Ende und das Recht der Westmächte auf Stationierung ihrer Truppen außer Kraft getreten ist. Wir sind jedoch nach wie vor zu einer Verständigung mit der anderen Seite bereit. Ich habe unseren Standpunkt auf dem Weltfriedenskongreß dargelegt. Den gleichen Standpunkt nehmen wir auch heute ein, und ich glaube, daß dieser Standpunkt der einzig mögliche und vernünftige ist. Kennedy selbst und andere Regierungschefs haben erklärt, daß sie diese Zustände nicht für normal halten, und Kennedy sagte mir, das ist eine Erbschaft, die man ihm hinterlassen hat. Das ist aber keineswegs etwas, was man nicht ändern kann. Wenn

es uns nicht gelingen wird, das Problem Westberlin zu lösen, so werden wir immer am Rande eines Krieges schweben. Westberlin bedeutet für uns nichts und auch für den Westen nichts, es ist nur ein Krisenherd. Was bedeutet es denn wirklich für die Westmächte? Gar nichts! Sie behaupten, sie wollen die Freiheit der Westberliner sichern, aber das wollen wir doch auch! Niemand bedroht diese Freiheit! Um was geht es also? Wenn es nach uns geht, ziehen wir alle Truppen zurück und beseitigen damit diesen Krisenherd.

Ich erkläre hiemit, daß wir nach wie vor zu Kompromissen bereit sind. Ein solcher Kompromißvorschlag wäre die vorläufige Stationierung von UNO-Truppen in Westberlin als Garantie für die Freiheit der Westberliner. Was könnten wir ihnen noch vorschlagen, um beide Seiten zu befriedigen? Aber wenn sie hierfür absolut kein Verständnis haben, werden wir eben doch den Friedensvertrag mit der DDR abschließen, und dann wollen wir sehen, ob sie um ihren Korridor nach Westberlin kämpfen werden.

Zwei Fragen sind es also, von denen die Weltlage abhängt, Kuba und Berlin. Werden wir durchkommen, und wie? Kuba ist ein souveräner Staat und Mitglied der UNO, was auf ihm vorgeht, ist seine innere Angelegenheit. Daß sich Amerika in die Innenangelegenheiten eines fremden Staates einmischen will, berührt die Interessen aller übrigen souveränen Staaten. So entstand die ganze Kuba-Frage. Die USA und Kuba sind Mitglieder der Vereinten Nationen. Wenn die USA die Grundsätze der UNO beherzigen und sich nicht in die Innenangelegenheiten anderer Staaten einmischen, so wird es keine Kuba-Krise geben.

Und noch einmal zur Frage Westberlin. Ich habe schon einmal gesagt, daß ich für die beste Lösung den Abschluß eines Friedensvertrages, die Schaffung einer freien Stadt Westberlin und die Aufnahme der DDR sowie der Bundesrepublik in die UNO halte. Vorübergehend können auch UNO-Truppen Westberlin stationiert werden, wobei wir volle Garantien für die Verbindungen geben, so wie etwa auch zwischen der Schweiz und den übrigen Staaten, auch solchen, an die sie nicht grenzt, Verbindungen bestehen.

Kossygin: Genau so bei Österreich.

Ministerpräsident Chruschtschow: Ja, auch Österreich, hat Verbindungen mit allen Ländern, aber eben auf Grundlage von internationalen Verträgen. Einige besonders Kluge erklären, man muß einen Korridor durch die DDR nach Westberlin schaffen. Diesen Neunmalklugen antworte ich, daß wir dies ablehnen, weil wir keinen Präzedenzfall schaffen wollen. So haben die Amerikaner die Mongolei anerkannt. Dorthin kann man nur durch die Sowjetunion oder durch China kommen. Heißt das jetzt, daß die Amerikaner jetzt die Einräumung eines Korridors durch die Sowjetunion zur Mongolei verlangen können? (Chruschtschow klopft sich auf die Stirn und auf sein Gesäß) Man muß eben unterscheiden zwischen dem Körperteil, auf dem man sitzt, und dem, mit dem man denkt, aber bei manchen Leuten dürften diese Unterschiede nicht so klar bestehen. Und nicht nur Staatsmänner müssen diesen Unterschied machen, sondern auch die Leute, die unter ihnen stehen.

Trotzdem hoffe ich, daß es keinen Krieg geben wird. Man kann viel schwätzen, aber man solle sich genau überlegen, bevor man auf gewisse Knöpfe drückt.

Besonders laute Schreier sind Adenauer und de Gaulle, die sich eben getroffen haben, um die alte deutsch-französische Liebe neu zu beleben. Das wird aber keine Liebesheirat, sondern nur eine Vernunftsehe. De Gaulle will Adenauer an sich drücken und dadurch seine Stellung in Europa stärken, und Adenauer möchte das gleiche, für Westdeutschland wieder einen Weg in die Weltpolitik finden. Keiner der beiden bringt dem anderen jedoch eine echte Zuneigung entgegen, ihre Umarmungen und Küsse sind alles Berechnung. Ich bin aber überzeugt, daß, wenn sich die Weltlage so entwickelt, daß wir vor der Wahl stehen, Krieg oder Frieden, de Gaulle und Adenauer sich auf jene Kreise stützen, die einen Krieg entfesseln möchten. Dabei wissen sie, daß, wenn ein neuer Krieg ausbricht, zwar alle Länder ein großer Schade treffen wird, Frankreich und Deutschland aber überhaupt nicht mehr existieren werden, sie würden einen Atomkrieg nicht überleben. Jeder vernünftige Mensch muß das einsehen. Aber vielleicht hat de Gaulle immer das Bild Napoleons vor sich und glaubt, daß er größer als Napoleon ist. Und so etwas ist sehr gefährlich. Sehen Sie, so sehen wir die internationale Lage.

England vertritt eine Politik, die nicht seine eigene ist. England glaubt nicht an einen militärischen Konflikt und ist gegen Militärstützpunkte auf seinem Gebiet. Die englische Labour Party hat für unsere Deutschlandpolitik sogar großes Verständnis. Ich habe vor kurzem einen Labour-Abgeordneten empfangen, der mir ein persönliches Schreiben von Hugh Gaitskell überbrachte. Gaitskell möchte sich im Dezember oder Anfang Jänner mit mir treffen. Ich hatte mit dem Labour-Abgeordneten ein ausführliches Gespräch und habe ihm unsere Politik auseinandergesetzt. Er sagte, es sei eine vernünftige Politik, und die Labour Party könnte dieser Politik zustimmen! Was ich jetzt sage, ist nicht für die Presse, aber während meines Gespräches mit U Thant – ich möchte ihm keine Unannehmlichkeiten bereiten, aber er erzählte mir, daß er in London mehrere Gespräche mit Labour-Abgeordneten führte und alle in der Frage Westberlin unseren Vorschlägen voll zustimmen, die ich auf dem Weltfriedenskongreß dargelegt habe. Die englischen Labour-Zeitungen haben auch einen Aufruf gebracht, daß man meine Vorschläge zur Lösung der Berlinfrage aufgreifen soll.

Trotzdem glaube ich, daß dieser Zustand der Ungewißheit noch bis zu den amerikanischen Kongreßwahlen dauern wird. Momentan würde Kennedy schwerlich eine entschiedene Haltung einnehmen. Er würde zwar damit viel Unterstützung beim amerikanischen Volk finden, wird es aber trotzdem nicht wagen. Das ist eben das Wesen des Kapitalismus, und bestätigt die Prognose von Marx, daß sich der Kapitalismus überleben wird. Die amerikanischen Kapitalisten spielen mit dem Feuer, die Frage von Krieg und Frieden wird bei ihnen zum Spielball des Parteischachers.

Vizekanzler Pittermann: Wir leben in einem gemischten System. Trotzdem ist es möglich, daß gerade bei diesem System, in dem wir auch zwei gleich starke

Parteien haben, die in wirtschaftlichen und sozialen Fragen große Differenzen haben, eine gemeinsame Außenpolitik geführt wird. Auch wir haben in zwei Monaten Wahlen, und bei uns ist das Kräfteverhältnis noch viel ausgeglichener als in Amerika, wo Kennedy bei den Präsidentschaftswahlen eine Mehrheit von 100.000 Stimmen hatte. Aber in der Frage des Festhaltens an Neutralität und Loyalität zu beschlossenen Verträgen gibt es zwischen den österreichischen Regierungsparteien keine Differenz, so heftig sie sich auch im Wahlkampf gegenseitig bekämpfen werden.

Ministerpräsident Chruschtschow: Ich glaube, daß man das auch mit der besonderen Lage Österreichs, seiner wirtschaftlichen Stärke und Bevölkerungszahl erklären kann. Sie in Österreich können nicht die Rolle einnehmen, die die USA einzunehmen entschlossen sind, nämlich die Rolle eines Führers und Verteidigers des Kapitalismus. Deshalb spielen sich auch bei Ihnen Wahlen mehr um innere Fragen ab. Was aber die außenpolitischen Fragen und die Neutralität anlangt, haben die beiden Parteien bei Ihnen die gleiche Position. Bei Ihnen erhitzen sich während der Vorwahlzeit Leidenschaft über Fragen der Innenpolitik. In Amerika jedoch sind die Verhältnisse ganz anders und dort ist das oberste Ziel die Zurückwerfung des Kommunismus und der Kampf gegen den Kommunismus. Diese Fragen stehen dort im Vordergrund, und das ist sehr gefährlich. So eine Politik ist bezeichnend für die USA, selbst in England könnte sie nicht geführt werden. England hat heute keine solche Stellung mehr in der Welt. Und daraus erklärt sich die ganze amerikanische Politik der Ungewißheit, der Labilität, die Politik der Schreihälse. Und darin liegt die große Gefahr. Aber nicht wir waren es, die sich Amerika als unseren Gegenspieler ausgesucht haben. Das hat uns der liebe Gott gegeben, wie man bei Ihnen sagt. Darum müssen wir, wenn die Vernunft nicht mehr ausreicht, uns auf Raketen und Bomben stützen. Wir machen unsere Explosionen, die Amerikaner haben bereits angekündigt, daß sie auch ihrerseits wieder welche machen werden. Das ist kein lustiges Leben, aber das ist die Politik der Koexistenz. Wenn es nicht möglich sein wird, daß wir uns über die Abrüstung einigen, dann werden wir eben weiter in diesen Verhältnissen des Wettbewerbes leben müssen und versuchen müssen, ein Gleichgewicht, eine Balance zu halten, so sinnlos dies auch ist, aber was können wir tun? Amerika will sich zu keiner Einigung über die Abrüstung bereitfinden, Kennedy unterschreibt nichts, weil er weiß, daß der Kongreß kein Abrüstungsabkommen genehmigen wird. Erst wenn einmal die Völker den Kapitalismus wegjagen und überall die Arbeitermacht aufrichten werden, dann wird vielleicht ewiger Friede auf Erden herrschen. Inzwischen warten und arbeiten wir, wir haben keine andere Wahl.

[...]²

Source: ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol., GZ. 73.544–6pol/62, Z. GZ. 73.544–6pol/62.

² Six pages on the economic development of the USSR, the weather, and an invitation to Austria omitted.

Document 6: The Democratic Lawyers Association's Theses on Neutrality, Sofia,
14 October 1962

After consideration of the problems presented in Item 3 on the agenda, the Congress is of the opinion that the time is ripe for a fresh approach to the problem of neutrality. It considers that a definition of neutrality in terms of modern needs and realities is now possible, but that this demands a further study of the definition of aggression.

As a result of its discussions, the Congress has passed the following Resolution, that

At the end of this Congress the Council of the International Association of Democratic Lawyers be instructed to appoint a commission or commissions to prepare reliable definitions of neutrality and aggression.

The Congress considers that in dealing with the very important question of the definitions of neutrality and aggression, the commission or commissions to be set up under the terms of the Resolution should bear the following considerations in mind.

I.

The modern concept of neutrality differs profoundly from the traditional concept.

The traditional concept first and foremost defined the position of a country in wartime. In those days neutrality was based on the desire of certain countries to stand aloof from power politics and not be involved in wars between the great powers.

The contemporary legal concept of neutrality, on the other hand, is based essentially on the need to maintain peace and national sovereignty.

The policy of neutrality represents a positive attitude in favour of peace, peaceful coexistence between nations, and mutual understanding among men. It also enables new states to safeguard an independence which might be compromised in joining military blocs.

II.

Contemporary neutrality is consistent with the principles and purposes of the UN Charter and the general rules of modern international law.

It can take the following forms:

1) A unilateral declaration which creates rights and obligations for the neutral state, as well as for states which recognize it and establish diplomatic relations with it.

2) A bilateral agreement.

3) A multilateral treaty.

Permanent neutrality can be established by the first or the third of these methods.

III.

The rights and obligations of states enjoying neutral status can essentially be defined in the following manner:

- 1) Nonparticipation in military blocs.
- 2) A formal and categorical ban on present or future foreign military bases on their soil, in the admission of foreign troops, and on the use of the national air space for espionage, nuclear war or other hostile purposes.
- 3) A ban on the possession of nuclear weapons.
- 4) The duty of maintaining good relations with all states without discrimination.
- 5) A neutral state should neither offer nor permit on its territory any aid or support, whether direct or indirect, to an aggressor.
- 6) Withdrawal from all pacts creating obligations which are incompatible with those deriving from a neutral status.
- 7) A neutral state is entitled to full respect for its political and economic sovereign rights. It may undertake its own defense or call for the help of other states in the event of aggression or an infringement of its neutrality.

Source: International Association of Democratic Lawyers (ed.), *Legal Aspects of Neutrality: Proceedings of the Third Commission* (Brussels: International Association of Democratic Lawyers, 1960), 113–114.

Document 7: Conversation A. Gromyko – K. Waldheim, Moscow, 22 March 1968
(translated from Russian)

[...]¹

A. A. Gromyko states that the situation in Vietnam is very complicated and dangerous. The Americans have not ceased their military actions in Vietnam; on the contrary, there is talk about sending more troops to Vietnam. Johnson makes a declaration from time to time about being ready for a peaceful solution in Vietnam, but the reality shows how hypocritical such declarations are. This is corroborated by the fact that the Americans disrupt even the slightest contacts in Vietnam.

The number of states that condemn the policy of the US grows. Vietnam receives a growing amount of help from other states, in particular from the USSR, which is determined to help Vietnam also in the future, because it is convinced

¹ In a conversation on 19 March, the Austrian minister of foreign affairs classified the Soviet-Austrian relationship as “problem-free” and invited his Soviet colleague to visit Austria. Waldheim stressed that Austria “is not taking any steps in its relations with the EEC that might run counter to the state treaty or contradict the status of a neutral country.” He repeated the earlier Austrian desire to be granted permission to buy defense missiles. Gromyko declared the state treaty and the law on Austria’s neutrality “a very good basis for the further development of Soviet-Austrian relations,” but warned against Austria’s rapprochement with the EEC. Both sides underlined their interest in developing bilateral trade. AVPRF, 66/47/101/11, 23–26.

that the case of the Vietnamese people is the right one, and victory will be on their side. The proposals of the Vietnamese government that were made, in particular by the minister of foreign affairs of the DRV, open the way for negotiations. However, to begin there must be an unconditional cessation of the bombardments of the DRV.

K. Waldheim declared that [people] in Austria are following the situation in Vietnam with concern and are ready to do everything they can for the cessation of the Vietnam War. The minister reported that he has established contact with the DRV's ambassador in Budapest. In a conversation with him he declared that Austria advocates a solution of the Vietnam problem on the basis of the Geneva agreements of 1954, and that Austria is ready to offer its good services for regulating the conflict if both sides were to express a desire for this. It has been agreed to continue direct contacts with the DRV's ambassador.

K. Waldheim posed the question whether and how a small country might contribute to the solution of the Vietnamese Question. The neutral states Austria, Sweden and Switzerland have offered their good services for a solution of the Vietnam problem. Austria is sending aid to Vietnam through the Red Cross.

A. A. Gromyko answered by stating that the question of mediation must be decided by the sides involved in the conflict. The Soviet Union calls on Austria to follow the example of a number of states and to raise its voice in favor of a cessation of aggression in Vietnam, in support of the just case of Vietnam. The Vietnamese people must be given the right to decide their own internal questions.

Regarding the problem of European security, A. A. Gromyko raised the issue of the FRG's policies and declared that, although the coalition government of the FRG has spoken following a new policy course, the facts do not corroborate this. The course of West Germany has become more subtle in its tactics. However, by its character, [the West German chancellor] Kiesinger repeats the model of the Adenauer era, albeit in a more even-handed way. The government of the FRG maintains its previous revanchist line regarding its borders, the GDR, and West Berlin. The posture of West Germany towards European security has also not changed. As before, the FRG is reaching out for nuclear arms and claims to represent all Germans. As before the war, Kiesinger even speaks of a "people without space," and Goebbels' propaganda motifs are heard again. In West Germany, this kind of forces are raising their head higher and higher, do not conceal that they follow Hitler's course, and openly speak about it at their meetings and conferences.

[...]²

When discussing security issues in Europe, some political leaders, tellingly, operate with general formulations and speak out for European security and all-European cooperation. However, as soon as concrete measures for preparing an all-European conference are discussed, nothing comes out of it [*sluchaiutsia osehki*]

² One paragraph on the danger of neo-Nazism omitted.

and discord starts. Some politicians, unfortunately, do not speak out clearly for respecting the inviolability of European borders, although, in confidential conversations, they declare their support for this issue. Strong declarations about recognizing the borders in Europe, as they emerged after World War II, would correspond with Austria's interests too.

Some words about West Berlin. The British, French, and American representatives have signed a declaration that West Berlin is not part of the FRG. In practice, however, the US and Britain are encouraging the FRG to lay claims on West Berlin.

K. Waldheim stated that [people] in Austria recognize the danger of a return of Nazism, and are prepared to do everything necessary for not letting this happen.

The Austrian government recognizes the importance of all-European cooperation and the call for an all-European conference. It has studied the Soviet deliberations on this issue and agrees to continue to discuss these questions through diplomatic channels.

A. A. Gromyko agreed to continuing the exchange of opinions regarding these topics after the Austrian memorandum, dedicated to the problems of all-European cooperation, has been studied.

[...]³

Source: Zapis' besed A. A. Gromyko s ministrom inostrannykh del Avstriiskoi respubliki, K. Val'dkhaïmom, 30 April 1968, in AVPRF, 66/47/101/11, 23–29, here 26–29.

Document 8: Conversation L. Brezhnev – B. Kreisky, Moscow, 8 February 1978

Arbeitsübersetzung aus dem Russischen
BILATERALE BEZIEHUNGEN

Gut, daß wir mit der österreichischen Seite eine gemeinsame Sprache sprechen, sowohl über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit als auch über einen weiten Bogen internationaler zwischenstaatlicher Probleme. Unser Handel, der kulturelle, wissenschaftliche und sportliche Austausch weiten sich aus. Die vertragliche Grundlage unserer Beziehungen wird immer breiter. All dies bewirkt eine Genugtuung, die – wie ich glaube – auch der Herr Bundeskanzler teilt. Unsere gemeinsame Aufgabe, wie wir sie verstehen, besteht darin, das angesammelte Gut des Vertrauens und der guten Nachbarschaft zu mehren. Die Sowjetunion ist und wird für eine weitere konstruktive Zusammenarbeit mit dem neutralen Österreich eintreten. Dies ist unsere prinzipielle und langfristige Linie.

Wir bringen den Bemühungen der österreichischen Seite zur Auffindung neuer Wege für eine Belebung der österreichisch-sowjetischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit Verständnis entgegen. Dabei wird die Aufmerksamkeit richtig auf die Anwendung solcher bewährten Formen gerichtet, wie es die langfristigen Vorhaben

³ Four paragraphs concerning the Soviet condemnation of the position of Israel in the aftermath of the Six-Day War omitted.

auf Kompensationsbasis, die Entwicklung der Kooperation, die Zusammenarbeit auf den Märkten dritter Länder darstellen. Unsere Stellen werden Weisungen erhalten, die entsprechenden Möglichkeiten unter Berücksichtigung von Vorschlägen der österreichischen Seite eingehend zu prüfen.

Was das Defizit im sowjetisch-österreichischen Handel betrifft, so steht es nicht dafür, dieses zu übertreiben. Heute ist es vorhanden, morgen vielleicht nicht mehr.

Handel ist eine dynamische Angelegenheit. Dabei ist dieses Defizit nicht groß. Jedenfalls ist es in keiner Weise mit dem Negativsaldo im österreichischen Handel, z. B. mit der BRD (50 Milliarden Schilling), zu vergleichen.

Wir glauben, daß es das wichtigste ist, eine kontinuierliche und zielstrebige Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Österreich auf der Basis des gegenseitigen Vorteils zu gewährleisten. In dieser Hinsicht mußten wir gemeinsam etwas tun.

STAATSVETRAG

Dieses Vertragswerk zusammen mit dem Beschluß über die immerwährende Neutralität Österreich ist das wesentliche Element der Stabilität der Lage in Europa. Dies ist die beste Garantie für die Existenz eines unabhängigen selbständigen Österreichs, für das Wohlergehen seines Volkes. Die gesamte Nachkriegserfahrung beweist, daß die Einhaltung des Staatsvertrages, eine konsequente Verwirklichung der Neutralitätspolitik den Grundinteressen Österreichs, den Interessen seiner normalen Zusammenarbeit mit allen Staaten entsprechen.

Ich möchte betonen, daß es in bezug auf die Erfüllung der Bestimmungen des Staatsvertrages keine wie immer gearteten Verzerrungen geben sollte. Von unserer Seite wird den auf die Festigung der Unabhängigkeit des Landes und seiner internationalen Stellung gerichteten Bemühungen der österreichischen Regierung stets Verständnis und Unterstützung entgegengebracht werden.

Wir waren und bleiben Gegner jeglicher Versuche, dem neutralen Status und der Souveränität des österreichischen Staates einen Schaden zuzufügen, egal von welcher Seite sie ausgehen mögen.

DIE ENTSPANNUNG UND DIE ROLLE DER NEUTRALEN STAATEN

Wir kennen im allgemeinen die positive Rolle, welche Österreich in der Gruppe der europäischen neutralen Staaten spielt. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß es seinen Einfluß und seine Möglichkeiten für die Beseitigung von Schwierigkeiten auf dem Wege zu einer dauerhaften Entspannung, für eine Annäherung der Standpunkte in strittigen Fragen geltend machen und Versuchen einer Wiederbelebung der Politik „des kalten Krieges“ entgegenwirken wird. Wohl niemand anderer als die kleinen Staaten ist an der strengen Einhaltung ausnahmslos aller in Helsinki abgesprochenen Prinzipien der Beziehungen zwischen den Staaten, an der Behauptung der Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit in internationalen Angelegenheiten interessiert. Um dieses Ziel zu erreichen, unternehmen wir alles, was in unserer Macht steht.

FRAGEN DER ABRÜSTUNG

Sicherlich müssen wir in bezug auf die Festigung der Entspannung und des Friedens noch vieles tun. Unserer Meinung nach ist hier das Wichtigste – weniger allgemeine Debatten denn mehr praktische Schritte in der Abrüstung. Es wäre sehr wichtig, eine Unterbindung der Erzeugung von Nuklearwaffen zu vereinbaren und die Frage des Verbotes von Versuchen mit dieser Waffe zu Ende zu führen. Um die Frage in Gang zu bringen, haben wir – wie bekannt – sogar vorgeschlagen, ein Moratorium für Atomexplosionen auch für friedliche Zwecke zu beschließen. Im allgemeinen sind wir dafür, daß Kernwaffen und alle ihre Abarten für immer aus unserem Leben verbannt werden, und wir sind bereit, alles dafür Notwendige zu tun. Ich freue mich feststellen zu können, daß die prinzipiellen Standpunkte der Sowjetunion und Österreichs in dieser Frage übereinstimmen.

ÜBER DIE NEUTRONENBOMBE

Ihr Erscheinen in Europa würde eine neue Situation schaffen und würde von uns verlangen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Wahrscheinlich ist jemand daran interessiert, daß die Welt in ein neues Stadium des Rüstungswettlaufes mit allen daraus folgenden Konsequenzen hereingezogen wird. Über diese Bombe sagt man, sie zerstöre nicht, sie vernichte nur das Leben. Wem könnte eine derartige Aussicht recht sein? Immer mehr Menschen im Westen und auch in den USA erheben Proteste gegen Pläne der Erzeugung einer Neutronenbombe.

Ich habe in Botschaften meine Gedanken in Verbindung mit der Neutronenbombe an alle Staatsoberhäupter, die an der Europäischen Konferenz teilgenommen haben, darunter auch Ihnen, Herr Bundeskanzler, direkt und offen dargelegt. Dies ist keineswegs ein Schritt der Propaganda. Wir appellieren an die Vernunft. Es ist noch nicht zu spät, diesen Neutronenwahnsinn zu stoppen. Wir schlagen ehrlich vor zu vereinbaren, gegenseitig auf die Herstellung dieser für alles Lebende unserer Erde unheilbringenden Waffe zu verzichten. Es liegt nun am Wort des Westens.

Ist es nicht klar, daß die Gefahr eines Atomkonfliktes in Europa im Falle der Verteilung einer neuen Abart von Kernwaffen in bedeutendem Maße ansteigen würde. Selbst die Befürworter einer Neutronenwaffe verheimlichen nicht, daß dabei die Schwelle eines Kernkonfliktes sicherlich nicht herabgesetzt werden würde. Es fragt sich nun, wer braucht so etwas und wozu soll es dienen.

Unsere gesamte Führung hofft, daß Österreich im Kampfe gegen die Verteilung von Neutronenwaffen in Europa nicht beiseite stehen wird.

Egal was wir heute besprechen mögen – die Aussichten des internationalen Handels oder die Möglichkeit der Ausweitung des kulturellen Austausches – all dies tritt in den Hintergrund im Vergleich mit der Frage der Sicherung des Friedens. Dieses Problem war für uns und wird auch weiterhin von erstrangiger Bedeutung sein.

ÜBER BELGRAD

Bevor wir die Frage besprechen, was nach dem Zusammentreffen in Belgrad zu tun ist, muß diese Begegnung zuerst ein gutes Ende erfahren; es darf eine weitere

Verschleppung nicht zugelassen werden. Leider sind die Vertreter der USA und diejenigen, die mit ihnen gehen, mit allen Kräften bestrebt, diese Begegnung von der Annahme konstruktiver Verschlüsse abzuhalten und ihr eine Polemik zu rein propagandistischen Zwecken aufzuzwingen. All dies steht in einem krassen Widerspruch zu Sinn und Wort der Schlußakte. Es ist Zeit, mit derartigen Praktiken Schluß zu machen.

Es scheint, daß es ein allgemeines Einverständnis darüber gibt, 1980 in Madrid eine zweite Begegnung nach Art der von Belgrad durchzuführen. Über das Niveau dieser Begegnung müßte man noch Überlegungen anstellen. Ich würde nicht sagen, daß das gegenwärtige Vertreterniveau an der Begegnung in Belgrad nicht gerechtfertigt wäre. Wichtig sind die Endergebnisse. Dies hängt vor allem von der Politik der an der Begegnung teilnehmenden Länder ab. Was die Begegnung in Madrid betrifft, so wird uns das Leben selbst einen Wink geben, auf welcher Ebene dies durchzuführen wäre.

Sowohl jetzt, als auch nach der Begegnung in Belgrad ist es notwendig, alle Kräfte auf die Verwirklichung der Entspannung zu konzentrieren, insbesondere auf militärischem Gebiet.

Hier gibt es noch viele ungenützte Möglichkeiten und politische Reserven. Und es versteht sich von selbst, daß wir alle konsequent an der Verwirklichung sämtlicher Bestimmungen und Vereinbarungen der Schlußakte arbeiten müssen.

ÜBER DEN BESUCH IN ÖSTERREICH

Ich danke nochmals für die mir vom Bundespräsidenten Kirchschräger und von Ihnen zugekommene Einladung, Österreich einen freundschaftlichen Besuch abzustatten. Ich werde sicherlich mit großem Vergnügen in Österreich weilen. Ich sage das mit Sicherheit. Zur Frage der Festlegung des Termines jedoch wird man aller Wahrscheinlichkeit nach später zurückkommen müssen. Heute dazu etwas Bestimmtes zu sagen ist schwierig.

Source: SBKA, Länderboxen, UdSSR 4.

Document 9: Report Ambassador H. Liedermann – Austrian MFA, On Austrian-Soviet Relations, 23 November 1985

Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, WIEN

Die Beziehungen Österreichs zur kommunistischen Weltmacht UdSSR, deren Unterschrift unter jenem Vertragswerk steht, das als Fundament der von Österreich 1955 wiedererlangten außenpolitischen Unabhängigkeit gilt, sind für Österreich zweifellos von eminenter sicherheitspolitischer und existentieller Bedeutung. Die konsequente sachkundige Pflege und Weiterentwicklung dieser Beziehungen ist daher eine zentrale Aufgabe der österreichischen Außenpolitik.

In den letzten Jahren waren die österreichisch-sowjetischen Beziehungen durch das Paradoxon charakterisiert, daß sie sich zwar – an der Zahl der Besuchskon-

takte gemessen – stark intensiviert haben; daß jedoch gleichzeitig das Verständnis der UdSSR für österreichische Interessen, die ungeachtet der Konstanten der österreichischen Außenpolitik einem Wandel unterliegen können, kaum zugenommen haben dürfte, weil man österreichischerseits in vielen Fällen von ihrer Artikulierung Abstand nahm. Nicht zuletzt deshalb sind die politischen Vorstellungen, die man im sowjetischen Führungsapparat von Österreich hat, noch immer von den Begriffen der 50er Jahre geprägt. Österreich ist für die Sowjets ein Element der „Deutschen Frage“, für das 1955 eine positive und dauerhafte Lösung gefunden wurde. Obwohl Österreich in den vergangenen 30 Jahren als immerwährend neutraler Staat in Mitteleuropa seine Probe bestanden hat und längst nicht mehr im Schatten „Deutschlands“ steht, werden die außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten Österreichs von der UdSSR noch immer zu sehr aus diesem Blickwinkel betrachtet, der Flexibilität gegenüber sich wandelnden österreichischen Interessen weitgehend ausschließt. Politische Kontakte, wie sie zwischen Österreich und der UdSSR gepflegt werden, sollten jedoch der Vermehrung des Verständnisses für die Interessen der jeweils anderen Seite dienen. Es wäre auch opportun, sowjetischen Bestrebungen, Staatsvertrag und Neutralitätspolitik als ein untrennbares Ganzes zu betrachten, das – wie Staatspräsident Gromyko unlängst gegenüber einer österreichischen Parlamentarierdelegation erklärt hat – einer „dynamischen Weiterentwicklung“ bedürfe, in geeigneter Form konsequent entgegenzutreten. Eine Verwischung der Grenzen zwischen völkerrechtlichen Verpflichtungen und autonomen außenpolitischen Entscheidungen, die den sich wandelnden österreichischen Interessen Rechnung tragen, wäre österreichischen Interessen abträglich.

Um die österreichischen Interessen gegenüber der UdSSR wirksam geltend machen zu können, bedarf es zunächst einmal einer gründlichen innerösterreichischen Bestandsaufnahme sowie der Abstimmung und verbindlichen Festlegung österreichischer Positionen. Widersprüchliche oder gar konträre Erklärungen österreichischer Repräsentanten böten der UdSSR die Möglichkeit, faktisch den österreichischen Handlungsspielraum einzuengen.

Ein Besuchs austausch mit der UdSSR erfordert besonders gründliche Vorbereitung, um österreichische Anliegen klar artikulieren und sowjetische Vorstöße, die österreichischen Positionen zuwiderlaufen, parieren zu können. Sowjetischerseits wird jedem Satz in Kommunikés, Tischreden und Presseerklärungen viel größere Bedeutung, als es im Westen üblich ist, beigemessen. Mündliche und schriftliche Enunziationen dieser Art dienen der UdSSR zu einem langsamen, oft unmerklichen Ausbau ihrer Positionen; auf sie wird bei gegebenem Anlaß Bezug genommen.

Wenn in der Vergangenheit die österreichisch-sowjetischen Beziehungen von offizieller Seite stets als „herzlich“ bis „ausgezeichnet“ qualifiziert wurden, so resultiert dies weitgehend aus der Praxis, differierende politische Einschätzungen auf beiden Seiten unerwähnt zu lassen. Nicht immer fragt man sich vor Antritt einer Reise in die UdSSR, was man hier politisch konkret erreichen will. In den österrei-

chisch-sowjetischen Beziehungen ist seit längerem die Tendenz zu verspüren, die Erörterung heikler Fragen wie etwa

- die Bedeutung einer wirksamen Landesverteidigung zur Sicherung der Neutralität und Souveränität Österreichs, die wohl auch die Verfügbarkeit moderner Verteidigungswaffen einschließt (z.B. Flieger- und Panzerabwehrraketen) und

- die Frage einer allfälligen künftigen Neugestaltung der Beziehungen Österreichs zu einer sich wandelnden Europäischen Gemeinschaft (EG)

auszuklammern. Prima vista sind sowohl eine „Raketenbewaffnung“ des Bundesheeres als auch eine österreichische Mitgliedschaft bei der EG für die UdSSR tabu, weil sie der gängigen sowjetischen Staatsvertragsinterpretation widersprechen. Gleichzeitig bedingt jedoch die technologische, politische und wirtschaftspolitische Entwicklung der letzten 3 Jahrzehnte eine künftige Auseinandersetzung mit diesen Themen. Prognosen abzugeben, wie die sowjetische Haltung im Falle einer österreichischen Relevierung dieser Fragen aussehen wird, wären zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht. Die innerösterreichische Diskussion zur Vorbereitung der österreichischen Positionen gegenüber der UdSSR sollte hinter verschlossenen Türen stattfinden. Es wäre unrichtig, die Erörterung heikler Fragen mit der UdSSR nur deshalb weiter auszuklammern, um „die Beziehungen nicht zu belasten“. Es ist zwar eine Tatsache, daß die UdSSR als Signatarmacht des Staatsvertrages über potentielle Mechanismen verfügt, um militär- und außenpolitisch wichtige Schritte Österreichs zu erschweren und allenfalls zu blockieren. Diesen Umstand jedoch stillschweigend hinzunehmen, würde auf die Dauer einem Akzeptieren sowjetischer Standpunkte gleichkommen

Im wirtschaftlichen Bereich sollte Österreich erkennen, daß es sich gegenüber der UdSSR keineswegs immer und überall in einer „Demandeur“-Position befindet. Österreich ist für die UdSSR ein westlicher Wirtschaftspartner, mit dem sie wertvolle Devisen erwirtschaftet. In den Jahren 1980 bis 1984 waren dies auf Grund des bedeutenden Handelsbilanzaktivums zugunsten der UdSSR immerhin 37 Mrd öS. Beim offiziellen Besuchs Austausch mit der UdSSR steht Österreich meist unter dem Erwartungsdruck, daß bedeutende Geschäftsvereinbarungen für die österreichische Exportwirtschaft abgeschlossen werden. Sowjetischerseits könnte dadurch der Eindruck erweckt werden, daß Österreich bei offiziellen Besuchen mit wirtschaftlichen Aufträgen seitens des Sowjetstaates belohnt werden möchte. So reiste beispielsweise Ministerpräsident Tichonow im April 1981 mit einem Großauftrag für Nahtlosröhren nach Österreich, welche die Errichtung des seit seiner Inbetriebnahme bis heuer defizitären VOEST-Werkes in Kindberg zur Folge hatte. Ob die Gewinnspannen im Handel mit der UdSSR stets dem politischen Einsatz entsprechen, sollte einmal eingehend geprüft werden. Die Schiffswerft Korneuburg-Linz produziert fast ausschließlich für den sowjetischen Markt. Neuerdings ist zu beobachten, daß die UdSSR an ausgewählte österreichische Klein- und Mittelbetriebe, die um ihr Überleben kämpfen, Aufträge erteilen. Die UdSSR schafft sich damit

in immer mehr Bereichen der österreichischen Wirtschaft ein Netz abhängiger Firmen.

Auf dem Energiesektor erreichten die österreichischen Importe aus der UdSSR im Jahre 1984 mit 16,3 Mrd öS eine Rekordhöhe. Im Vergleich zu 1983 stiegen die österreichischen Erdgaseinfuhren, wertmäßig um 71 %. Auch im 1. Halbjahr 1985 nahmen die sowjetischen Erdgaslieferungen nach Österreich um 23,6 % zu. Gleichzeitig gingen allerdings die Erdöl- und Kohleimporte aus der UdSSR im 1. Halbjahr 1985 teilweise drastisch zurück. Langfristig wird jedoch auch mit österreichischen Strombezügen aus der UdSSR zu rechnen sein (Stromaustauschvertrag aus 1983). Welche Entwicklungen die österreichischen Energieimporte aus der UdSSR in Zukunft nehmen werden, ist noch nicht klar abzusehen. Es sollte jedoch rechtzeitig an Importplafonds gedacht werden, zumindest dort, wo eine vernünftige alternative Bezugsquelle vorhanden ist.

Die Perspektiven für eine Ausweitung des Außenhandels mit der UdSSR scheinen deshalb begrenzt zu sein, weil nach sowjetischer Außenhandelsstatistik bereits ein Aktivum für Österreich vorliegt. Langfristig könnte nur unter der Voraussetzung mehr in die Sowjetunion exportiert werden, wenn auch Österreich mehr sowjetische Waren importiert. Dies könnte mangels geeigneten Warenangebots nur auf dem Energie- und Rohstoffsektor möglich sein. Ob dies aber wirklich den österreichischen Interessen und dem Bedarf entspricht, sollte Gegenstand grundsätzlicher Überlegungen sein.

Unverändert bemüht sich Österreich um humanitäre Fälle. Soweit bekannt, sind wir das einzige westliche Land, dem die Sowjetunion auch Reaktionen auf die bei offiziellen Besuchen übergebenen Interventionslisten für politisch Verfolgte offiziell mitteilt. Obwohl diese fast ausschließlich negativ sind, bleibt die erfreuliche Tatsache an sich, daß man Österreichs Eintreten sowjetischerseits ernst nimmt. Die Entwicklung im bilateralen und humanitären Bereich ist zwiespältig. Größtenteils gibt es bei Eheschließungen und Familienzusammenführungen keine Probleme, es sei denn, es handelt sich um Fälle in Österreich eingebürgerter ehem. jüdischer Sowjetemigranten. Die Botschaft war und ist ständig – mit oft erfreulichem Erfolg – bemüht, auftretende Härtefälle durch Interventionen einer Lösung zuzuführen. Im Bereich der Besuchsreisen hingegen werden seit mehreren Jahren österreichischerseits Fälle anhängig gemacht, welche bei den sowjetischen Behörden aus meist nicht bekannten Gründen immer wieder auf taube Ohren stoßen.

Alles in allem kann aber unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse die Bilanz auf dem bilateralen konsularischen Sektor als im wesentlichen positiv angesehen werden.

Was den österreichisch-sowjetischen Kulturaustausch betrifft, der grundsätzlich nur in vertraglich abgesteckten Grenzen und Bahnen abgewickelt werden kann, geht die UdSSR mit größter Selbstverständlichkeit davon aus, daß ihr in Österreich alle Möglichkeiten zur Präsentation ihrer Kultur offenstehen. Umgekehrt ist Österreich bei seinen Bemühungen, in der UdSSR jene kulturellen Leistungen zu zeigen

auf die unser Land stolz ist, ständig auf den verschiedensten Ebenen bis hin zu den kleinen praktischen Dingen mit Schwierigkeiten und Barrieren konfrontiert. Was in der UdSSR an österreichischer Kultur zugelassen wird, suchen sich die sowjetischen Stellen selbst aus. Dies gilt in besonderem Maße auch für die „Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Beziehungen“ (ÖSG/SGÖ).

In allen Bereichen seiner Beziehungen zur UdSSR müßte sich Österreich wieder in vermehrtem Maße bewußt werden, daß österreichische Interessen verteidigt und Erfolge im wahrsten Sinne des Wortes schwer erarbeitet werden müssen. Österreich darf sich nicht durch Leerformeln, die im täglichen diplomatischen Verkehr mit kommunistischen Staaten gebraucht werden, beirren lassen, sondern sollte wieder jenen Mut fassen, der ihm in den 50er Jahren unter viel schwierigeren internationalen Bedingungen die Bewunderung der Weltöffentlichkeit eingebracht hat.

Tut man das nicht, so könnte Österreichs Politik, gegenüber den Oststaaten, vor allem gegenüber der UdSSR, bei anderen westlichen Ländern missverstanden werden. Der Westen könnte sich die Frage stellen, welches Ziel denn Österreich eigentlich mit so großem Einsatz gegenüber dem Osten verfolgt. Kann darauf keine Antwort gegeben werden, so könnte Österreichs Ansehen bei seinen westlichen Freunden Schaden leiden. Die österreichische Botschaft Washington vermittelte in ihrem Bericht Zl. 7-POL/85 ein umfassendes Bild über die Problematik der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und den USA und nannte in diesem Zusammenhang einige negative Züge des österreichischen Image in den USA. Die dort erwähnten Negativa stehen im Zusammenhang mit unserem Verhältnis zum Osten. In Österreich sollte man sich bei der Gestaltung der Politik gegenüber der UdSSR wieder vermehrt Gedanken über ein ausgewogenes „give and take“ machen. Das österreichisch-sowjetische Verhältnis beruht auf einem gesunden Vertrauenspolster, der durchaus in vernünftigen Grenzen strapazierbar ist. Es wäre jedoch eine trügerische Hoffnung, angesichts bestehender sowjetischer Sympathien für Österreich zu glauben, nur durch „österreichischen Charme“ Erfolge in Verhandlungen mit der UdSSR erreichen zu können. Der „Reblaus-Effekt“ bei der Vorbereitung des österreichischen Staatsvertrages, sofern dieser überhaupt wissenschaftlich fundierbar ist, kommt heute sicher nicht mehr zum Tragen.

Abschließend dürfen noch folgende organisatorische Maßnahmen konkret angeregt werden:

Schaffung eines eigenen UdSSR-Desk im BMAA analog zum Koordinator für das USA-Konzept. Nur die Zusammenfassung aller Bereiche der österreichisch-sowjetischen Beziehungen in der Hand eines UdSSR-Experten ermöglicht eine sorgfältige Prüfung österreichischer Interessen und einen konsequenten Aufbau österreichischer Positionen gegenüber der UdSSR. Sämtliche offiziellen und halb-offiziellen Rußlandreisenden sollten möglichst vor und nach ihrer Reise zwecks Briefings und Debriefings mit dem BMAA Kontakt aufnehmen.

Erstellung eines längerfristigen Konzeptes zur Gestaltung unserer Beziehungen zur UdSSR, das in ein umfassendes Ost-West-Konzept, welches die Beziehungen

Österreichs zu Westeuropa und den USA einschließt, einzuordnen wäre. Zum Unterschied vom USA-Konzept sollte es sich jedoch i.G. um interne vertrauliche außenpolitische Richtlinien handeln.

Der Botschafter

Source: ÖStA, AVA, NL E-1736: Bielka, Folder 115.